

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreise:
 Vierteljahr 1.20 RM., monatlich 1.00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Voranjaber Einzelne Hochzeits-
 nummern 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage: Die Neue
 Welt 10 Pf. Postbez.: Monatlich
 1.00 RM., halbjährlich 5.00 RM.,
 jährlich 10.00 RM., für das Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Adressat, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene
 in die Post-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 bezieht die Nebenspaltenen Anzeigen
 zu 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das fertige Wort 50 Pf. (10
 Zeilen 2 fertige Wörter), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Schließende
 und Schließende Anzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Kreuzungszahlung 20%.
Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerbliche Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 2. Oktober 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Infanteriekämpfe in Flandern und vor Verdun

Fliegerbomben auf das Innere Londons, Angriffe auf Margate und Dover — Starke Artilleriekämpfe in Flandern — Feindliche Flieger gegen belgisches Gebiet.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1917. (B. Z. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern war der Artilleriekampf an der Küste und im Bogen um Ypern von Mittag an stark; er blieb auch nachts lebhaft.
 Englische und französische Flieger haben in letzter Zeit in belgischem Gebiet durch Bombenabwurf erheblichen Sachschaden verursacht. Die Angriffe forderten unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer.
Geeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Längs der Aisne, nordöstlich von Reims und in der Champagne lebte die Feuerartillerie auf, meist in Verbindung mit Erdungsgeschützen, die uns Gefangene einbrachten.
 Vor Verdun hielt sich die Kampfartillerie in mäßigen Grenzen.

Unsere Flieger warfen wiederum auf die militärischen Bauten und Spreiter im Inneren Londons Bomben ab. Zahlreiche Brände kennzeichneten diesen Angriff als besonders wirksam. Inbühnen Fliegergriffe Margate und Dover erfolgreich an. Sämtliche Flieger sind unverletzt zurückgekehrt.
 14 feindliche Flieger sind gestern abgeschossen worden.
 Leutnant Gontermann errang seinen 37. und 38., Oberleutnant Berthold den 27. Sieg im Luftkampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Die Lage ist unverändert. Ostliche Infanteriegefechte riefen in einzelnen Abschnitten vorübergehende Steigerung des Feuers hervor.
Mazedonische Front.
 Keine wesentlichen Ereignisse.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Abendbericht.
 Berlin, 1. Oktober 1917, abends. Amtlich.
 In Flandern und vor Verdun wechselnd starke Feuerartillerie und örtliche, für uns günstige Infanteriekämpfe.
 Im Osten nichts Besonderes.

Der österreichische Bericht.
 Wien, den 1. Oktober 1917. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.
 Nichts Neues.
Italienischer Kriegsschauplatz.
 An der Isonzo-Front erlahmten die italienischen Infanterieangriffe. Bei Badlata, auf der Hochfläche von Bainfiga wurde ein feindlicher Vorstoß im Keime erstickt. Die Artilleriekämpfe dauern im Bereich der Monte San Gabriele und nordöstlich davon unvermindert heftig an. Bei der Geeresgruppe des Feldmarschalls Freyherrn v. Konrad keine besonderen Ereignisse.
 Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See.
 Am Abend des 27. September hatten unsere Seeküsten die Flugstation Brindisi und die in diesem Hafen liegenden Torpedoeinheiten und U-Boote wirksam mit Bomben belegt. Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, erhielt eine Feinderguppe zwei schwere Bombentreffer und auch die übrigen Ziele gute Einschläge. Der gemeldeten erfolgreichen Unternehmung gegen die italienischen Luftschiffanlagen von Jesi vom 27. folgte am 29. abends ein von gleichem Erfolg gekrönter Angriff unserer Seeküsten gegen die Ballonhallen von Ferrara, dem wieder ein Luftschiff zum Opfer fiel, indem es durch zwei Bombentreffer auf die Halle mit riesiger Stichflamme verbrannte. Am selben Abend wurden auch die Fabrikanlagen von Pontelagoscuro wirkungsvoll mit Bomben belegt. Der Feind wiederholte am 27., 28. und 29. abends seine Fliegerangriffe auf Pola, die keinen nennenswerten Schaden militärischer und privater Natur hervorriefen. Zwei Matrosen wurden verwundet. Eines der italienischen Flugzeuge wurde am 29. von einem unserer Jagdflieger im Luftkampf über See brennend zum Abflug gebracht. Die Insassen, zwei italienische Fliegerleutnants, sind tot.
 Das Flottenkommando.

Die schwedischen Wahlen.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:
 Mit der Stimmzählung in Stockholm II am 26. September haben die Neuwahlen für die Zweite Kammer ihren Abschluß gefunden. Das Gesamtergebnis bestätigt durchaus die Erwartungen, die die Linksparteien, d. h. die Arbeiterpartei und die Freisinnigen auf sie gesetzt hatten. Die Rechte ist völlig geschlagen. Aber auch die von der Arbeiterpartei losgelösten „Linkssozialisten“ sind empfindlich enttäuscht aus den Wahlen hervorgegangen.
 Was die Niederlage der Rechten vor allem charakterisiert, ist der Abfall der Wähler. Ihre Stimmzahl ist von 269 000 im Herbst 1914 auf 179 000 heruntergegangen, also unter das Niveau von 1911, wo sie 189 000 betragen hatte. Der Aufschwung von 1914 hat sich als Schwindelblüte erwiesen. Es ist richtig, daß der Rechten auch die 21 000 Stimmen zugesagt werden dürfen, die der in den Wahlen selbstständig aufgetretene „Reichsverband der Landwirte“ aufgebracht hat. Dagegen dürfte unter den 39 000 Stimmen des gleichfalls selbständigen, mehr radikalen, aber in der Verfassungsfrage vorwiegend konservativen Bauernbundes einige Tausend auf ehemalige liberale Wähler entfallen. Jedenfalls ist der Verlust der Rechten ein solcher, wie man ihn unter der Verhältnismäßigkeit nicht oft antreffen wird. Der Mandatsverlust ist gleichfalls sehr bedeutend. Von 86 Mandaten ist die Rechte auf 58 heruntergegangen, zu denen immerhin noch die 3 des Reichsverbandes zu zählen sind. Aber auch dann ist sie, was die Parteistärke im Parlament anlangt, vom zweiten auf den dritten Platz gerückt. Nun sie ehemals mit 86 Stimmen gleich hinter den 87 Sozialdemokraten, so steht sie jetzt mit 58 bzw. 61 Stimmen hinter den 62 der Liberalen. Der Bauernbund hat mit 41 000 Stimmen 9 Mandate herausgeholt — ein für eine kaum begonnene Propaganda nicht zu unterschätzendes Ergebnis.
 Die Liberalen können zufrieden sein. Sie sind von 196 500 auf 202 000 Stimmen gestiegen, was freilich noch beträchtlich hinter ihrer Stimmzahl von 1911 (243 000) zurückbleibt. Ihre Mandatsziffer ist von 57 auf 62 gestiegen.
 Die Statistik der Wähler der Sozialdemokratie ist einigermaßen kompliziert. Die Partei hat sich gespalten und je nachdem man die Stimmen und Mandate der Rechtssozialisten und Linkssozialisten gruppiert, kann man Verluste und Gewinne für die Sozialdemokratie herausrechnen. Es ist zweifellos tendenziös, wenn man Tabellen onfertiget, wonach die Arbeiterpartei einige Tausend Stimmen und ein Mandat verloren hat, andererseits wäre es nicht weniger tendenziös, wenn man behauptete, die linkssozialistische Partei habe drei Mandate verloren. Es ist eben so, daß von den früheren 87 sozialdemokratischen Abgeordneten 15 der neuen Partei beigetreten waren. Die Wähler selbst kamen erst in den jetzigen Wahlen dazu, im inneren Streit der Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Sie haben dies in einem der Brantingschen Richtung entschieden günstigen Sinne getan — das ist die Tatsache, die aber durch alles vergleichende Zifferenspiel nur verdunkelt wird.
 Was die absoluten Ziffern anlangt, so sind sie folgende: Die Arbeiterpartei brachte 1914 266 000 Stimmen auf, diesmal 228 000. Die Linkssozialisten sammelten 59 000 Stimmen. Will man die Stärke der sozialistischen Wählerschaft bemessen, muß man diese Zahlen addieren und kommt so zur Zahl von 287 000, d. h. zu einer Zunahme von 21 000 Stimmen. In Prozenten: die Rechtssozialisten haben 31,2, die Linkssozialisten über 8 Proz. aller Stimmen, die Rechte (ohne Agrarier) nur 24,5 Proz., die beiden agrarischen Gruppen 8,4 Proz., die Liberalen 27,6 Proz. Die beiden sozialistischen Gruppen repräsentieren also schon jetzt 40 Proz. der schwedischen Wählerschaft. Und sieht man die jetzige Spaltung als vorübergehende Erscheinung an, gewinnt man bedeutende Aussichten.
 Vorläufig allerdings ist der Krieg zwischen den beiden Richtungen mit großer Erbitterung geführt worden. Und darum hat man die Schlappe der „Linkssozialisten“ bei der Mehrheit mit großer Genugtuung begrüßt. Der Mißerfolg ist in der Tat recht groß — vor allem in Stockholm selbst, wo die Partei im „Politiken“ ein täglich erscheinendes Organ hat. Die Niederlage in der Hauptstadt hat zur Folge, daß die Partei sozusagen führerlos ins Parlament einzieht. Neben Höglund, dem Vorkämpfer des Radikalismus der „Jungen“ unterlag Bürgermeister Lindhagen — „Vorgarmästare“ bezeichnet in Schweden nicht das Oberhaupt der Gemeindeverwaltung, sondern einen Friedensrichter — ein Mann, den die Fronte des Schicksals an die Spitze einer revolutionären Partei gestellt hat. Lindhagen ist ein opferwilliger Menschen- und Gerechtigkeitsfreund und genießt große Popularität, besonders auch bei den bürgerlichen Friedensfreunden. Trotzdem war sein Mandat nicht zu retten, da die Wähler der

Die Wahlrechtsvorlage kommt.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt:
 Die Vorbereitung der Gesetzentwürfe, betreffend die Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sowie die Umgestaltung des Herrenhauses, ist nunmehr so weit gefördert, daß ihre Vorlage beim Abgeordnetenhause vorwiegend Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats erfolgen wird.
 Hoffentlich gilt nun hier wenigstens das Wort, daß gut wird, was lange währt.

Beginnende Einsicht in Frankreich?

Stockholm, 1. Oktober. (Fig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.)
 Auch in der französischen Bourgeoisie tritt jetzt deutlich die Abkehr von dem Gedanken an den Niederwerfungsfrieden hervor. Man hält unter den jetzigen Umständen zwar die fräftige Fortführung des Krieges für unvermeidlich, wünscht aber gleichzeitig die politische Vorbereitung des baldigen Verständigungsfriedens. Bezeichnend dafür ist, daß zu Albert Thomas, welcher in diesen Kreisen als kommender Mann gilt, während man Painlevé politisch für lebensunfähig hält, unlängst der Inhaber einer der bekanntesten Pariser Großfirmen kam und namens seiner Kollegen ihn aufforderte, nach Stockholm zu gehen.
 Das Stockholmer Sowjet-Bulletin wird nach redaktioneller Umwandlung als ein französisch erscheinendes gedrucktes Organ herausgegeben. Redakteure sind Axirod und Goldenberg. Mitarbeiter für Frankreich wird ein Anhänger der sozialistischen Minorität, der zu den meistgenannten Schriftstellern des letzten Jahres gehört.

Der Fliegerangriff auf London.

London, 1. Oktober. Reuter amtlich. Zwei Gruppen von Flugzeugen und andere, die einzeln kreuzten, überflogen zwischen 6.40 und 8 Uhr abends die Küste von Kent und Essex und näherten sich London. Mehrere drangen durch die äußeren Verteidigungswerke, nur vier oder fünf erreichten London. Bombenabwürfe werden aus Kent, Essex und London gemeldet. Menschenverluste und Sachschäden sind noch nicht gemeldet. — Ein weiterer Bericht besagt: Bei dem gestrigen Luftangriff wurden 11 Personen getötet, 82 verwundet. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Die Verständigung der Ententesozialisten über die Kriegsziele.

Vorarbeit in England.
 Der Vollzugsausschuß der Labour Party und der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes hielten am 27. September in London eine gemeinsame Sitzung ab, um Vorbereitungen für die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz zu treffen.
 Der Gewerkschaftskongress in Blackpool hatte sich am 8. September gegen die Bescheidung der geplanten Stockholmer Konferenz erklärt, aber beschlossen, eine derartige Konferenz später unter der Bedingung einzuberufen, daß zuvor unter der Arbeiterschaft der Ententeländer ein Einverständnis hinsichtlich der Kriegsziele erzielt würde. Bei der Sitzung am 29. September wurde zur Herbeiführung eines derartigen Einverständnisses ein aus dreizehn Vertretern beider Körperkassen bestehender Unterausschuß eingesetzt, dem Henderson, MacDonald, Webb, Wardle und Thorne angehören. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die beiden Körperkassen künftig regelmäßig allmonatlich gemeinsame Sitzungen abhalten sollen.
 Schließlich wurde die Dinausschreibung der Gesetzesveränderung der vom Unterhause verabschiedeten Wahlrechtsreform erörtert und eine geharnischte Entschlieung angenommen, welche die Inkraftsetzung dieser „längst überfälligen demokratischen Reform“ fordert, die Erzwingung einer allgemeinen Wahl auf Grund der bisherigen Wahllisten als nationalen Skandal bezeichnet und die Entsendung einer Abordnung zum Premierminister zwecks Protestes anordnet.

Der Sowjet und die Stockholmer Konferenz

Stockholm, 1. Oktober. „Sozialdemokraten“ bezeichnet das kürzlich durch die Presse gegangene, angeblich aus Kopenhagen stammende Telegramm, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen habe, an der Stockholmer Konferenz nicht teilzunehmen, als eine Fälschung der vollständig in den Händen der Reaktionsäre liegenden Presse.
 Berlin, 1. Oktober. „Nationaltidende“ hat am 28. September gemeldet, daß in Riga 6 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats von den Deutschen erschossen worden seien. Diese Nachricht ist vollkommen erfunden. Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats sind nicht in Riga verhaftet und auch nicht hingerichtet worden, wie denn überhaupt Todesurteile dort weder gefällt noch vollstreckt wurden.

Arbeiterpartei strenge Disziplin hielten und fast durchweg unangewandelte Stimmzettel abgaben.

Wenn also der erste Offenversuch der Linkssozialisten mißglückt ist — und im Interesse der späteren Wiedervereinigung ist das sicher nicht zu beklagen — so ist damit die Opposition noch nicht als bedeutungslos erwiesen. Sechzigtausend Stimmen im ersten Anlauf — das ist nicht so wenig, wenn man bedenkt, daß der alte Parteiapparat fast durchgängig zugunsten der Partei-Rechten arbeitete und die Gewerkschaften entschieden ihre Verbindung mit dieser aufrechterhalten. So ist es auch zu erklären, daß gerade in den größeren Städten die Linkssozialisten schlecht abschnitten. Sie haben ihren Anhang, abgesehen von einem Teil der Arbeiterjugend, besonders in ländlichen Gebieten, wo ideologische Momente eine große Rolle spielen. Die Arbeiterpartei aber hat — das hat die Wahl gezeigt — die Masse der industriellen Arbeiterschaft hinter sich.

Das große politische Ergebnis dieser Wahlen ist also der Zusammenbruch der Rechten. Welches sind seine Ursachen? Einerseits das Versackern der nationalistischen Demagogie und das Schwanden der Nachwirkungen des Generalstreiks, andererseits die Unzufriedenheit der Massen über die Wirtschaftspolitik der Regierung während des Krieges, aber auch das in Schweden ebenso wie in anderen Ländern merkwürdige Erstarren des demokratischen Bewußtseins. Die Erfahrungen während des Krieges haben ihren Einfluß auf die Volksmeinung geübt. Man will die Reform des Wahlrechts für die Erste Kammer und man will vor allem eine parlamentarische Regierung. Und nach einem Volksurteil wie dem jetzt ausgesprochenen wagen es die Führer der Rechten, die Krone zum Widerstand gegen den nationalen Willen aufzufordern! Glaubt man wirklich, daß sich dieses politisch hochkultivierte Land weiter von einer Partei regieren lassen wird, der das allgemeine Stimmrecht weniger als ein Drittel der Mandate gegeben hat?

Die auswärtige Politik hat im Wahlkampf wohl eine Rolle gespielt, wenn auch nicht in jenem Sinne, den man ihr — mit dem bekannten leidigen Mangel an taktischem Geist wie an Takt — in der deutschen Presse vielfach zugeschrieben hat. Wenn die Rechte überhaupt noch zu retten gewesen wäre, so wäre dies durch jene Anstellung von Anerkennungen und Drohungen verhindert worden, die ein Volk nun einmal nicht mag, wenn es seine eigenen Angelegenheiten erledigt. Wenn den schwedischen Reaktionsären aus jener Protektion kein Vorteil erwachsen ist, so hat es ebensowenig zur Popularität Deutschlands beigetragen, daß man hier sah, wie sich allerhand deutsche Stimmen, denen man Bedeutung beilegen zu müssen glaubt, just mit jenen Kreisen identifizierten, denen das schwedische Volk gerade den Abschied zu geben beschäftigt war. Dieses ganze Gebaren war darum verfehlt und auch nicht ungefährlich, weil man den Wahlen einen weltpolitischen Sinn gab, den sie nicht hatten, trotz der da und dort in der Agitation angewandten Argumente. Das schwedische Volk ist friedlich und hat Pränzing nicht als dem Ententophilen, der er ist, und schon gar nicht als einem unvorsichtig in Kriegsgefahr hineinfeuernden Politiker, der er nicht ist, den Sieg verliehen. Es will neutral bleiben. Unleugbar haben die bekannten diplomatischen Affären der jüngsten Zeit die Stimmung gegen Deutschland nicht verbessert, aber das deutsche Volk und ein demokratisches Deutschland haben hier keine Antipathien. Und den Krieg — an der Seite welcher Partei immer — lehnt das schwedische Volk in seiner ungeheuren Masse ab. Nichts aber kann es mehr verstimmen, als wenn man in ihm den Verdacht erweckt, als wollte man es von diesem seinen Entschluß abbringen.

Paßverweigerung gegen den internationalen Gewerkschaftskongress.

Bern, 1. Oktober. Der internationale Gewerkschaftskongress, der heute vormittag hier eröffnet werden sollte, wird nur von Vertretern aus den Zentralländern, den Niederlanden und aus den Nordstaaten besucht sein. Den Delegierten aus den Ententeländern sind nach einem hier eingetroffenen Telegramm die Pässe in letzter Stunde verweigert worden.

Bern, 1. Oktober. Sponer Blätter melden: Der sozialistische Verband des Norddepartements forderte auf dem Departementkongress einstimmig die unverzügliche Wiederaufnahme des internationalen sozialistischen Lebens, sprach sich mit großer Mehrheit gegen die Annahme der Kriegskredite durch die sozialistischen Deputierten aus, verurteilte die Haltung der Mehrheit auf der Londoner Konferenz der Alliierten und verlangte, daß die Stockholm-Konferenz so schnell als möglich zusammentomme.

Kerenski und die Bolschewiki.

Kopenhagen, 1. Oktober. (Köln. Ztg.) Wie aus Petersburg ergänzend zum amtlichen Bericht über die Eröffnung der demokratischen Konferenz gedrachtet wird, zeigte der Verlauf der Verhandlungen mit größter Deutlichkeit, daß die Zahl der Anhänger Kerenski in bedenklichem Maße abnimmt und die allgemeine politische Lage Rußlands immer bedrohlicher wird. Kerenski wurde in seiner Rede andauernd durch höhnische Zurufe von allen Seiten unterbrochen. Zu den Zwischenrufen der Bolschewiki erklärte er, daß er in seiner Politik nicht allein stehe; falls sie jemals etwas gegen ihn unternehmen sollten, würden sie das entdecken, daß sie allein ständen, und namentlich nicht die Unterstützung der Soldaten finden würden. Auch diese Worte machten nicht den geringsten Eindruck, sondern wurden von den Bolschewiki mit neuen Zurufen und höhnischen Gelächter aufgenommen. Der Vertreter der Bolschewiki Kamenew erklärte, seine Partei habe kein Vertrauen zu einer Regierung mit Kerenski an der Spitze. Das Nieder schlagen der Erhebung Kornilows sein allein den Bolschewiki zu verdanken.

Auch der Petersburger Mitarbeiter der „Times“ hält das Gerücht Kerenski auf seinem Posten für unwahrscheinlich. Kerenski sei auf das Zusammengehen mit den Bolschewiki angewiesen. Diese hätten aber nun bewiesen, daß sie mit ihm nicht zusammengehen wollten; daß die Bolschewiki ihn nicht unterstützen, muß er sie bekämpfen. Da seiner Haltung bei der Erhebung Kornilows werde es für ihn schwierig sein, bei anderen Parteien Unterstützung in diesem Kampf zu finden. Auch die Kosaken nehmen ihm gegenüber eine sehr abweisende Haltung ein.

Die „Tab“ schreibt: Es bleibt die Frage, ob Kerenski nun selbst nach der demokratischen Konferenz in Petersburg seinen Willen inmitten der chaotischen Zustände und des kriegerischen Streits um die Führung zwischen allen mächtigen Parteien durchsetzen könne.

Eine neue französische Skandalaffäre.

Wie die Pariser Blätter melden, wurde Volo Pascha nach Eingang eines Telegramms aus New York verhaftet, in dem die Polizei mitteilt, daß an Volo Pascha im Jahre 1916 von der Deutschen Bank 1 600 000 Dollar gezahlt worden seien. Nach der „Affäre“ Dubal-Almergha und Turmel noch eine Affäre, deren Geld aus der Levante stammt. Volo Pascha wurde im Zusammenhang mit Dabal der europäischen Öffentlichkeit vorgestellt. Bald wurde auch mitgeteilt, daß er dem bekannten Senator Humbert über fünf Millionen Frank zum Kauf des „Journal“ geboten habe. Dabei berief er sich auf das Zeugnis des Senatspräsidenten Menier, der nun auch in den Wirbel gezogen ist. Er wurde vorläufig vom Dienst entbunden, da die Untersuchung ergab, daß er der juristische Vertrauensmann von Volo Pascha gewesen ist. Die Kenntnis von den Beziehungen seines Klienten zu den Deutschen konnte aber nicht nachgewiesen werden.

Die Lage an den deutschen Fronten.

Berlin, 2. Oktober. Die in den Morgenstunden des 30. September bei düstern Wetter mäßige Artillerietätigkeit an der Flandernfront nahm von Mittag ab erheblich zu und steigerte sich zu planmäßigem Beschuß unserer Stellungen zwischen der Käste und dem Neuportkanal. Auch gegen den Oberbogen selbst, vornehmlich in Gegend Jonnebeke, richtete sich von Mittag ab gesteigertes planmäßiges Feuer, das auch abends und die Nacht über anhält. Unsere Artillerie setzte den Kampf ebenfalls mit lebhafterem Feuer fort. An zahlreichen Bränden konnte gute Wirkung beobachtet werden. Infanterieangriffe erfolgten an keiner Stelle der Flandernfront. Unsere Patrouillen brachten aus erfolgreichen Unternehmungen an der Ys Gefangene zurück. Während feindliche Bombengeschwader wiederum, wie so oft in letzter Zeit, zahlreiche Opfer aus der belgischen Bevölkerung forderten und in Gent starken Häuser Schaden verursachten, besetzten unsere Fluggeschwader feindliche militärische Anlagen mit erkanntem gutem Erfolg. In Gegend Lens und östlich Arras wurde das Artilleriefeuer zeitweise lebhafter. Ein feindlicher Fesselballon wurde von unserer Artillerie abgeschossen. Auch die französische Bevölkerung erlitt wiederum durch feindlichen Bombenabwurf Verluste. In Ortscapellen südlich Cambrai und Fresnoy le Grand wurden eine Anzahl Einwohner getötet und verwundet. An der Aisnefront hielt das tagsüber wie bisher lebhaftes Feuer an der Passauke auch nachts an. Nach lebhaftem Feuer östlich Reims erfolgte am 1. Oktober in den frühen Morgenstunden nach schlagartig einsetzender Feuervorbereitung ein feindlicher Patrouillenvorstoß an der Bahn Reims—Vitry, der verlos in unserem Abwehrfeuer scheiterte. Weidert der Pass hielt sich bei schlechter Sicht die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Südlich Forges und in Gegend Vezinvaux drangen eigene Stoßtrupps in die feindlichen Linien ein und kehrten mit Gefangenen zurück.

Auch im Osten wurden bei mehrfachen Patrouillenkämpfen an der Rigafront Gefangene eingebracht. An den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Kämpfe in Mesopotamien.

Der türkische amtliche Tagesbericht meldet von der Euphratfront: Bei Tagesanbruch des 28. 9. besaß der Feind mehrere Stunden lang mit verschiedenen Kalibern die Stellungen, die unsere vordersten Vortruppen bereits geräumt hatten. Anschließend daran versuchte der Gegner mit 6 Bataillonen, einem Kavallerie-Regiment und 12 Geschützen vorzugehen. Das Gefecht dauert noch an. Während dieser Kämpfe wurden 4 feindliche Flieger durch unser Feuer von der Erde aus zum Landen hinter den eigenen Linien gezwungen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. September. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 25 000 Br.-Reg.-Tn.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein mittelgroßer Dampfer sowie der englische Segler „Agricola“, der Kohlen für Frankreich an Bord hatte. Einer der versenkten Dampfer hatte Eisen, Papier und Baumwolle für Frankreich, ein großer vernichteter Segler von 1300 Tonn anscheinend Paraffin-Del geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amsterdam, 1. Oktober. Aus Batavia erklärt das „Handelsblad“: Alle Frachtwerte des Niederländischen Lloyd, der Japan-Linie und Dampfschiffahrtsgesellschaft Niederland haben Befehl erhalten, während einiger Wochen in den indischen Häfen zu bleiben, bis weitere Befehle von den Direktionen aus Holland eingegangen seien. Der Grund dieser Maßnahmen ist die Unsicherheit über Amerikas Absichten mit den holländischen Schiffen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die holländische Grenze überschritten. Sonnabend landete bei Radzand das mit zwei Maschinengewehren bewaffnete britische Flugzeug R. 1124. Die Insassen wurden interniert.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangener. Ein Transport von 10 Offizieren und 9 Mann in die Heimat entlassener, ausgetauschter, bisher in Norwegen internierter deutscher Kriegsgefangener ist am Sonntag nach Deutschland abgereist.

Rußland und Persien. Nach einer Meldung der „Ruhaja Kholja“ aus Teheran fand in der Nähe des persischen Ortes Senno eine Zusammenkunft der Vertreter von 27 turkischen Stämmen statt. Bei der Zusammenkunft hielt der russisch-turkische General Karatow, begleitet von Mitgliedern seines Stabes und der Armee sowie einer Abordnung der sogenannten persischen Demokratie, eine Ansprache. Ein russisch-turkisches Abkommen wurde unterzeichnet, das zugleich die Unantastbarkeit von Seiten des Rußland freundlich gestimmten Besians enthält.

Waffenverhaftung von Deutschen in Amerika. Wie dem „Journal de Genève“ aus New York gemeldet wird, verhaftete die Polizei abermals über hundert Deutsche in New York, New Jersey und Long Island wegen angeblicher Heberverbreitung der verbotenen Jone. Weitere Verhaftungen Deutscher wegen eines angeblichen Komplotts zur Zerstörung der Maschinen in den Rüstungsbetrieben stehen bevor.

Generalstreik in Argentinien. Buenos Aires, 1. Oktober. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Verband der anarchistischen Syndikate hat den revolutionären Generalstreik in Argentinien erklärt. Die Verbände der sozialistischen Arbeiter haben es abgelehnt, an der Bewegung teilzunehmen.

Hindenburg.

Der Mann, der heute seinen siebenzigsten Geburtstag feiert, hat wie kein zweiter in diesem Weltkriege alle Ehren und Auszeichnungen, den Ruhm und die Popularität des siegreichen Feldherrn auf seinem Haupte vereinigt. Er ist nicht der einzige, der auf deutscher Seite Siege erfocht, und doch wird sein Name vor allen anderen genannt.

Was ist die Ursache, warum ist der Name Hindenburg in jedem Gedächtnis so viel tiefer verankert als der seiner doch auch sicher tüchtigen Mitstreiter? Es wäre falsch, dies nur auf die Hülle der Siege Hindenburgs oder gar auf seinen jetzigen überragenden militärischen Rang zurückzuführen. Der Name Hindenburg stand bereits im Jahre 1914 im Zenith der Popularität, als sein Träger dem Range nach noch ein Armeeführer neben anderen war und sein Siegesregister erst die Anfangsziffern aufwies: Tannenberg, Dinahslacht, Lodz.

Damals schon wurde der Name Hindenburgs genannt wie der keines anderen, die Volkstimmlichkeit, die er genos, war schlechtin nicht mehr zu steigern — auch nicht durch Hindenburgs spätere Siege. Und das war sicher kein bloßer Zufall. Es liegt ein tiefer geschichtlicher Sinn darin, daß nicht die Führer des Vormarsches durch Belgien und Nordfrankreich, nicht der Eroberer Serbiens und Rumaniens, sondern der Befreier Deutschlands von der Russengefahr den Dank und Jubel des Volkes erntete.

Hindenburgs Ruhm blieb ein kalter Feldherrnruhm, sondern wurde warm und innerlich empfunden, weil Hindenburg nicht bloß siegte, sondern weil er im Jahre 1914 einen Sieg errang, der vom ganzen deutschen Volke vor allen als der notwendige und gerechte empfunden wurde.

Heute, ein halbes Jahr nach der russischen Revolution und angesichts einer furchtbaren Krise, die das Riesenreich zur Machtlosigkeit verurteilt, ist es schwer, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, was 1914 alle Gemüter mit bangem Grauen erfüllte. Aber die Sorgen von 1914 sind trotzdem einmal furchtbare Wirklichkeit gewesen. Die russische Gefahr stand zweimal hart vor der Tür: als im August fast ganz Ostpreußen in russische Gewalt fiel, und als drei Monate später sich die russischen Riesenheere bis hart an die Grenze von Posen und Schlesien vorschoben. Weidenthal war es Hindenburgs Feldherrngenie, das — vereint mit der Tüchtigkeit des selbstgebrachten Soldaten — mit wuchtigen Schlägen die „russische Dampfkolossal“ zerbrach, und seitdem stand Hindenburg da als der Mann, der die Heimat Erde befreit hatte, nicht nur von irgend einem Feind, sondern von dem eigentlichen Feind, den das Volk verabscheute, von dem russischen J a r i s m u s, seinen Greneln und Trabanten.

Freilich, Hindenburg selber hat einfach als Soldat gestiegt. Er hat als Feldherr den militärischen Gegner niedergeworfen und sich wahrheitsgemäß persönlich sehr wenig daraus gemacht, ob es gerade die Heere des russischen Jarrismus oder irgend einer Demokratie waren, gegen die zu sechten er den Aufbruch erhielt. Aber das deutsche Volk hat nichtsdestoweniger die Siege von Tannenberg und Lodz nicht rein militärisch beurteilt. Es hat diesen Sieger mehr als andere gefeiert, nicht weil er mehr Gefangene einbrachte und seine Gegner vernichtender schlug, sondern weil er Deutschland von der Gefahr befreit hat, loslich und ein Bajall des russischen Absolutismus zu werden, weil er, wenn auch unbewußt und rein taktisch, ein großes Werkzeug der europäischen Freiheit gewesen ist.

Hindenburgs Popularität ist letzten Endes nichts weiter als ein Spiegelbild des Willens, den das deutsche Volk über den Krieg hat: daß er nämlich ein Verteidigungskrieg sein soll, zum Schutze der Heimat, gegen den Einfall feindlicher plündernder Heere, gegen die Raubgelüste nachbarlicher Regierungen. Neben den Siegen von Tannenberg und Lodz stand riesengroß das Wort „Verteidigung“ nicht „Eroberung“, und dieser Umstand hat nicht zuletzt Hindenburgs Namen seinen Rang gegeben. Daran sollte heute denken, wer Hindenburgs Feldherrnruhm zu anderen Zwecken auszunutzen will.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die heutige Fraktionssitzung beginnt nicht um 10 Uhr vormittags, sondern wegen der dringenden Arbeiten im Hauptauschuß erst 2 Uhr nachmittags.

Gewaltfrieden und Gewaltmitgliedschaft.

Für die „Deutsche Vaterlandspartei“ stellt die Gewalt das einzige ethische Prinzip dar: nicht nur der Frieden muß auf der Grundlage der Gewalt abgeschlossen werden, auch die Mitglieder müssen mit Gewalt zu dieser Gewaltspartei herangeholt werden. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein halbes Duzend Beschwerden von Angestellten, Beamten, Arbeitern und sonstigen Personen in abhängiger Stellung bei uns einlaufen, daß ein unmoralischer Druck auf sie ausgeübt werde, um sie zu Mitgliedern der „Deutschen Vaterlandspartei“ zu pressen. Ein Dokument für viele: Die Ueberland-Zentrale Stralsund ist ein kommunales Unternehmen, fast gänzlich aus öffentlichen Geldern errichtet; ihr Aktienkapital haben die Provinz und die Kreise aufgebracht. Der Direktor dieses Unternehmens schaut sich nun nicht, an die unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeiter folgenden Aufruf zu richten:

An die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Ueberlandzentrale Stralsund.

Wie Sie aus der Presse wissen, ist in Stralsund eine Ortsgruppe der Vaterlandspartei gegründet.

Jeder Deutsche, gleichgültig welchem Stande, welcher Partei oder welcher Konfession er angehört, muß dieser neugegründeten Vaterlandspartei beitreten, wenn ihm das Wohl und Wehe seines Vaterlandes am Herzen liegt. Wir müssen verstehen, daß ein solcher Friede geschlossen wird, der alle bisherigen Verluste an Gut und Blut unberücksichtigt läßt und das deutsche Volk dazu verdammt, in Zukunft als Smecht von England sein Leben zu fristen.

Ich fordere deshalb auf, durch Beitritt zur Vaterlandspartei zu bekunden, daß ein deutscher Hindenburgfrieden geschlossen werden muß.

Der Mindestjahresbeitrag beträgt 1 M.

Stralsund, den 25. September 1917.

H. Hartlieb,
Direktor der Ue. Z. Stralsund.

Was es für einen abhängigen Beamten und Angestellten bedeutet, wenn der Direktor schreibt „ich fordere auf . . .“ weiß jeder, der die Verhältnisse kennt. Dieser Aufruf ist wiederum ein unüberlegliches Dokument dafür, wie von gewissen oberen Stellen mit Hochdruck für die Vaterlandspartei gearbeitet wird.

Groß-Berlin

„Ausgleichende Gerechtigkeit“ des Berliner Magistrats.

Bei der Reueinschätzung sind bekanntlich nach § 23 des Einkommensteuer-Gesetzes die Unternehmer verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten und Arbeiter, die weniger als 3000 Mark Gehalt oder Lohn beziehen, genau anzugeben. Der Krieg hat nun auch in den Einkommensverhältnissen dieser Schichten, veranlaßt durch die gesteigerte Lebenshaltung eine Umwälzung hervorgerufen. Das Einkommen vieler Angestellten und Arbeiter ist über den Satz von 3000 hinausgegangen und nach den gesetzlichen Bestimmungen sind die Unternehmer nicht mehr verpflichtet, für diese Arbeitnehmer das Einkommen anzugeben. Der Landtag tagt jetzt nicht, so daß eine Änderung des Gesetzes nicht möglich ist. Sollte sie bei den demnächst beginnenden Verhandlungen durchgeführt werden, so ist zu erwarten, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten wieder den Antrag einbringen, wonach die Banken auch über die Vermögensverhältnisse der Unternehmer Auskunft erteilen müßten.

Der Berliner Magistrat ist nun allen diesen Scherebenen dadurch aus dem Wege gegangen, daß er in einer längeren Mitteilung an die Presse die Unternehmer zu folgendem auffordert:

Ein großer Teil der Arbeitnehmer hat in dieser Zeit ein Einkommen von mehr als 3000 M. Um diese Personen mit ausgleichender Gerechtigkeit zur Steuer heranzuziehen, ist es erwünscht, unsere Vorbrude auch in solchen Fällen in Spalten 1-3 auszufüllen und in Spalte 4 den Vermerk: „über 3000 M.“ zu machen.

Wir sind begierig zu erfahren, ob der Magistrat auch aus „ausgleichender Gerechtigkeit“ Schritte in der genannten Weise unternommen hat, um die größeren Unternehmergewinne, soweit solche erzielt werden, heranzuziehen.

Zur Auflösung der Englischen Gasgesellschaft

erfahren wir von ausländischer Seite, daß die Kreisaußschüsse der Kreise Kettow und Niederbarnim ein neues gemeinsames Angebot auf der Grundlage der vor kurzem mitgeteilten Bedingungen der Staatsregierung abgegeben haben.

Nach der Gaspreiserhöhung.

Die Direktion der Berliner Gaswerke — vergl. das Inserat in der heutigen Nummer — macht die von den Gemeindebehörden unter dem Widespruch der Sozialdemokraten beschlossene Gasverteilung bekannt und teilt zugleich mit, wie künftig das Gasgeld einfließen werden soll. Für jeden Gasverbraucher tritt die Preiserhöhung in Kraft mit dem Tage, an dem im Oktober 1917 bei ihm der Gasmesserstand ermittelt wird. Abnehmer mit gewöhnlichem Gasmesser haben zu zahlen bei einem Jahresverbrauch bis 365 Kubikmeter für 1 Kubikmeter 18 Pf. statt bisher 16 Pf., bei einem Jahresverbrauch über 365 Kubikmeter für 1 Kubikmeter 20 Pf. statt bisher 18 Pf. Man wird zunächst über all für 1 Kubikmeter 20 Pf. einfließen, doch sollen nach Schluß des Geschäftsjahres (das bei den Gaswerken immer vom 1. April des Jahres bis zum 31. März nächsten Jahres reicht) bei einem Jahresverbrauch von nicht über 365 Kubikmeter die zuviel gezahlten 2 Pf. pro Kubikmeter zurückvergütet werden. Für Abnehmer, die im Laufe eines Geschäftsjahres neu hinzutreten, wird der Jahresverbrauch berechnet unter Berücksichtigung der Verschiedenheit des Gasdrucks in den einzelnen Jahreszeiten. In der Bekanntmachung fehlt eine Angabe darüber, wie die Gasdrücke sich den Heizgasdrücken des seit April 1917 laufenden und mit März 1918 endenden Geschäftsjahres verhalten. Will sie für die Entscheidung, ob die für die Zeit seit Oktober abgeforderten 20 Pf. voll einbehalten oder 2 Pf. davon zurückvergütet werden sollen, den Verbrauch der Zeit von April 1917 bis März 1918 zugrunde legen? Da die Preiserhöhung im Oktober in Kraft tritt, kann man doch wohl nicht mit rückwirkender Kraft den von April 1917 ab gerechneten Jahresverbrauch, falls er von da bis März 1918 über 365 Kubikmeter beträgt, zum Anlaß eines von Oktober ab aufzuliegenden vollen 20-Pfennig-Gaspreises machen. Ober beabsichtigt man die 365 Kubikmeter auf die Monate des laufenden Geschäftsjahres ungleich zu verteilen und danach zu berechnen, wieviel ein Abnehmer vom Oktober ab höchstens verbrauchen darf, wenn er sich noch die Rückvergütung der 2 Pf. sichern will? Von einer solchen Verteilung war nirgends die Rede, weder in der Vorlage des Magistrats, noch in dem Verhandlungsbericht des Ausschusses, noch in dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung. Auch über die Behandlung der Automatenkunden fehlt überall eine völlig klare Angabe, aber die findet sich jetzt in der Bekanntmachung der Gaswerksdirektion. Die Automatenkunden zahlen künftig für einen Kubikmeter 20,46 Pf., wovon 18 Pf. für das Gas und 2,46 Pf. für die geliebene Selektions- und Kockeinrichtung gelten. Bisher zahlten sie für das Gas 16 Pf. und als Leibgebühr 2,46 Pf., zusammen 18,46 Pf., wobei ihnen für 10 Pf. 542 Liter (1000 Liter sind 1 Kubikmeter) geliefert wurden. 542 Liter für 10 Pf. liefern die Automaten auch künftig, so daß sie nicht umgeändert zu werden brauchen, aber bei Entloerung der Geldbüchsen wird für je 1000 Liter Verbrauch ein nachträglicher Zuschlag von 2 Pf. erhoben. Ein Unterschied, ob der Jahresverbrauch groß oder klein ist, wird bei den Automatenkunden nicht gemacht.

Kohlenversorgung für die landwirtschaftlichen Betriebe Groß-Berlins.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat neben den bereits mitgeteilten Bestimmungen über die Regelung des Kohlenverbrauchs auch eine Verordnung über die Kohlenversorgung der landwirtschaftlichen Betriebe erlassen. Danach dürfen vom 1. Oktober ab Kohlen für landwirtschaftliche Zwecke nur gegen Wegnahme von Bescheinigungen und Entnahmen werden. Für Hausbrandzwecke dürfen Bescheinigungen nicht ausgestellt werden; die landwirtschaftlichen Besitzer sind in dieser Beziehung auf den Kohlenbezug nach Maßgabe der Kohlenarten angewiesen. Die Bescheinigungen werden nach den vom Kohlenverband Groß-Berlin vorgeschriebenen Richtlinien durch die Bestände der im Kohlenverband vereinigten Stadt- und Landkreise ausgestellt. Derlich zuständig ist der Magistrat oder Kreisaußschuß desjenigen Kommunalverbandes, in dessen Bezirk der landwirtschaftliche Betrieb gelegen ist.

Zur Fleischbelleferung.

Das Nachrichtenamt schreibt: Die vor einiger Zeit eingetretene Störung in der Lieferung Berlins mit Schlachttvieh ist dank dem energischen Eingreifen des königlich Preussischen Landesfleischamtes schnell behoben worden. Bereits in der vergangenen Woche konnte die volle Fleischmenge zur Ausgabe gebracht werden. Auch für diese Woche ist schon am vergangenen Sonntagabend das Schlachttvieh zu zwei Drittel angeliefert gewesen und zurzeit ist es bereits für die ganze Woche vorhanden. Es wird also auch in dieser Woche die volle Fleischmenge ausgegeben werden. Infolge der getroffenen Maßnahmen sieht zu erwarten, daß nunmehr Störungen in der Viehanlieferung nicht wieder vorkommen werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, daß vor zwei Wochen einem großen Teil der Einwohner, die kein Fleisch bekommen konnten, Erlaß dafür versprochen worden ist. Dieser ist auf diese alten Fleischkartenabschnitte, die an der Fleischkarte kleben sollten, noch nicht nachgeliefert worden. Vielleicht kann das Versäumte bald nachgeholt werden.

Der Magistrat gegen die Brotverschlechterung.

Der Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, hat, wie wir hören, an die Bäcker folgenden Rundschreiben erlassen: Die in den letzten Monaten gegen die Beschaffenheit des Brotes vorgebrachten Klagen sind zum Teil dadurch verursacht worden, daß das Brot einen zu hohen Feuchtigkeitsgehalt aufwies. Dieser zu hohe Wasserhalt mag in einzelnen Fällen durch die mangelhafte Beschaffenheit des zur Brotbereitung verwendeten Mehls bedingt sein; zum erheblichen Teil ist er aber darauf zurückzuführen, daß zur Erzielung eines möglichst hohen Ertrages der Prozentsatz des zur Brotbereitung verwendeten Wassers den für die vorgeschriebene Ausbeute notwendigen Anteil weit übersteigt hat. Diesem Mißstand muß in Zukunft abgeholfen werden. Wir haben eine regelmäßige Kontrolle des in Berlin bezug. außerhalb der Brot-Liefergemeinschaft hergestellten und hier zum Verkauf gelangenden Brotes eingerichtet. Aus jeder Bäckerei wird mindestens einmal wöchentlich eine Brotprobe entnommen und auf ihren Wasserhalt untersucht werden. Diese Kontrolle ermöglicht uns die Feststellung, welche Bäckereien durch schuldhaftes Verhalten einen zu hohen Feuchtigkeitsgehalt des in ihrem Betriebe hergestellten Brotes verursacht haben. Nach dem Ergebnis eingehender sachmännlicher Beratungen, zugleich nach Anhörung des Städtischen Medizinalamts und der Sachverständigen der Bäcker-Zwangsgewinnung muß unter voller Berücksichtigung der durch die Kriegswirtschaft verursachten schwierigen Verhältnisse ein Wasserhalt der Krume von 47 Proz. als die höchstzulässige Grenze bezeichnet werden. Betriebe, deren Brot bei der Untersuchung einen höheren Feuchtigkeitsgehalt ergibt, werden zur Verantwortung gezogen werden. In diesem Verfahren wird zwar jeder Bäckerei, deren Brot beanstandet worden ist, Gelegenheit gegeben werden, sich wegen der vorgefundenen Brotmängel vor einem vom Magistrat eingesetzten Ausschuß zu rechtfertigen, doch machen wir von vornherein darauf aufmerksam, daß unsere Verpflichtung, der Bevölkerung ein bei den jetzigen schwierigen Verhältnissen möglichst gutes Brot zu liefern, uns zwingen kann, Betriebe, die aus Eigenmuth oder infolge Unfähigkeit des verantwortlichen Leiters eine Verschlechterung des Nahrungsmittels herbeiführen, von der weiteren Mitwirkung bei der Brotversorgung auszuschließen. Es wird im eigenen Interesse jeder Bäckerei liegen, von vornherein auf Herstellung eines trockenen, gut ausgebackenen Brotes bedacht zu sein.

Obstüberfluß.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats schreibt: Die Obstzufuhr ist gegenwärtig in Berlin sehr groß. Es wird daher darauf hingewiesen, daß der Magistrat auf besonders eingerichteten städtischen Ständen in den Markthallen gute Schüsseln zum Preise von 45 Pfennig für das Pfund verkauft und daß es dringend erwünscht ist, wenn sich die Bevölkerung mit Vorräten eindeckt, da der augenblickliche Andrang bald nachlassen dürfte.

Es ist erfreulich, daß der Berliner Magistrat sich dazu entschließt, was seine Preisprüfungsstelle bisher nicht fertig gebracht hat, nämlich die Preise herabzusetzen. Die Zufuhren nach dem Berliner Markt sind so stark, daß einzelne Gemeinden schon abbremsen mußten. Von den oberen Behörden ist den Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen mitgeteilt worden, daß Eisenbahnwaggons mit Obst binnen 24 Stunden entladen werden müßten, widrigenfalls die Ware von der Eisenbahnverwaltung meistbietend versteigert werden sollte. Wäre es bei solcher Fälle nicht vorteilhaft, die Preise zu senken und dadurch den Konsum zu heben?

Beschränkung des Zwiebelverkaufs.

Mit Genehmigung der Staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin erlassen gegenwärtig die Groß-Berliner Kommunalverbände übereinstimmende Beschlüsse, wonach im Kleinhandel mit Zwiebeln an einen einzelnen Käufer an einem Tage nicht mehr als 2 Pfund abgegeben werden dürfen. Diese Verordnung ist durch die augenblickliche Knappheit an Zwiebeln veranlaßt worden und soll dem übermäßigen Zwiebelverkauf durch einzelne Haushaltungen entgegenwirken.

Der Mangel an Zwiebeln wird auf die angeblich zu niedrigen Preise zurückgeführt. Das läßt darauf schließen, daß die Interessenten die Ware zurückhalten, um höhere Preise zu erzwingen. Tatsache ist, daß jetzt Zwiebeln im Großhandel zu Kleinhandelspreisen angeboten werden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst scheint den Dingen wieder obnmächtig gegenüberzustehen. Wie lange wird es noch dauern, bis man sich entschließt, dem Sperrhandel das Handwerk zu legen. Mit Maßnahmen gegen die Konsumanten allein ist es nicht getan.

Zugleich erhalten wir eine Zuschrift des Kriegsernährungsamts, die uns mitteilt, daß eine Beschlagnahme der Zwiebeln — wie überhaupt des Gemüses — nicht beabsichtigt ist. Leider teilt uns das Kriegsernährungsamt nicht mit, auf welchem anderen Wege es dem herrschenden Zwiebelmangel abzuhelfen gedenkt. Doch nicht etwa durch Erhöhung des Preises?

Warnung an die Obst- und Gemüsehändler.

Das Kriegsernährungsamt hat dem Gärtner Hermann Kauffa, Charlottenburg, Ullandsstr. 38, den Handel mit Nahrungs- und Futtermitteln, insbesondere mit Obst und Gemüse, wegen Ueberschreitung der Höchstpreise und Verstöße gegen die Schlichtungsvorordnungen untersagt. Aus denselben Gründen schloß das Kriegsernährungsamt die Obst- und Gemüsegeschäfte von Wilhelm Ackermann, Berlin, Nemeler Str. 81, Otto Gabriel, Charlottenburg, Kurfürstendamm 196, und Frau Hedwig Lindner, Reußstr. 21. Dem Obstkommissionär August Weisch, Berlin, Kottbuser Str. 13, ist die Handelslizenz nicht entzogen worden; die bezügliche Pressenotiz beruht auf einem Irrtum.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin teilt mit, daß die Geschäftskunden der Postabteilung für Portiers, Fahrstuführer, Felzer und Hausreiniger vom 1. Oktober auf die Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt sind. In der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags findet die Vermittlung von kleinen (Haus-) Portierstellen statt.

Ein tragischer Todesfall, hervorgerufen durch den Tobiauchtsanfall eines Gastes, hat am Sonntag die Besucher eines Lokals im südlichen Teil der Friedrichstraße in große Aufregung versetzt. In dem vollbesetzten Restaurant wurde plötzlich gegen 10 Uhr abends ein Gast, der mit seiner Frau dort weilte, tobiachtig. Der Kranke schlug wie rasend um sich, schrie fortgeragt: „Ich bin Liebesmatt!“ und war auch durch die schrecklichen und begünstigten Puren seiner Frau nicht zu beruhigen. Es entstand eine begeisterte Aufregung unter den Gästen des Lokals und besonders einer der Besucher, der Schneidermeister Forster aus der Friedrichstr. 292, geriet in hochgradige Aufregung. Inzwischen waren Polizeibeamte erschienen, die den Tobenden überwältigten und zu seiner Sicherheit zunächst nach der Wache brachten, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. Als nun mit zahlreichen Gästen auch Forster auf die Straße trat, brach er plötzlich leblos zusammen. Er wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der jedoch nur feststellen konnte, daß er infolge Herzstillstandes bereits verstorben war. Die beiden tragischen Vorfälle hatten natürlich große Menschenansammlungen zur Folge. Der Tobiachtige beruhigte sich später vollständig, so daß er nach der Wohnung entlassen werden konnte.

Tätlich verunglückt ist der Russer Andreas Ludwig, 52 Jahre alt, aus der Anspiederer Str. 8. Er hatte verschiedene Götter am Humboldthafen geladen, darunter auch einen schweren eisernen Tisch. Er fuhr in der Richtung nach dem Friedrich-Karl-Wer über die Brücke. Bei der Durchfahrt kam der Tisch ins Rollen, Ludwig wollte ihn noch festhalten, kam aber selber zu Fall und erlitt einen Genickbruch. Er war auf der Stelle tot.

Charlottenburg, Lebensmittel. Bis einschließlich Sonntag, den 7. Oktober 1917, werden auf Abschnitt 25 der Rationierungskarte für Jugendliche 125 Gramm Feigwaren abgegeben. Die Entnahme kann in dem Kolonialwarengeschäft erfolgen, in dem der Haushalt der Jugendlichen in die Kundenliste für Feig und Trauben eingetragen ist.

Vom Donnerstag, den 4. Oktober, bis Sonnabend, den 13. Oktober, findet eine allgemeine Verteilung von Feigwaren und Kunstbonig statt. Es werden verabfolgt: 100 Gramm Feigwaren auf Abschnitt 144 der roten Lebensmittelkarte und 250 Gramm Kunstbonig zum Fundpreise von 55 Pf. auf Abschnitt 143.

Reußstr. Verkauf von Feigwaren. In den zugelassenen Feig- und Räucherwarengeschäften, sowie in den beiden städtischen Feighallen, Bergstr. 21 und Panierstr. 18, wird gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte auf Abschnitt 57 ein Feig abgegeben.

Der Kleinverkaufspreis beträgt: bei den Feighändlern 55 Pf. je Feig, bei den Räucherwarenhändlern 45 Pf. je Feig, in den städtischen Feighallen 55-70 Pf. je Feig je nach Größe. In den beiden städtischen Feighallen kann an Stelle von einem Feig 1/2 Pfund kleine Feig zum Preise von 55 Pf. auf Kartenabschnitt 57 entnommen werden.

Bis auf weiteres kann in den oben bezeichneten Geschäften auf Abschnitt 58 1/2 Pf. Feig oder 1/4 Pf. Räucherwaren entnommen werden.

Lichtenberg. Zum Postgeprüften ist an Stelle des Postgeprüften Dr. Sewald, der nach Breslau berufen worden ist, der Landrat des Kreises Liegnitz, Geheimer Regierungsrat Dr. jur. Freiherr v. Salmuth, ernannt worden. Freiherr v. Salmuth wird sein neues Amt bereits in aller Eile antreten.

Städtische Kleideraufkäufer. Wie der Vorsitzende des städtischen Nahrungsmittelausschusses in der letzten Sitzung ausführte, erscheint es für eine vermehrte Ablieferung getragener Kleiderstücke zweckmäßig, den Einkauf durch Anstellung besonderer Einkäufer zu fördern, die die Kleiderstücke in den Häusern aufkaufen.

Lebensmittel. Außer den üblichen Feigen werden verabfolgt: auf Abschnitt 112 S.E. je 100 Gramm Hafersabrate (0,09 M.), auf Abschnitt 112 K. 1 Paket Wozentrant (0,35 M.), auf Abschnitt 110 G. J. 50 Gramm Rührbutter (0,18 M.). Rührbutter besteht etwa zur Hälfte aus leicht verdaulichem Eiweiß und schmeckt damit gelöste Speisen nicht nur kräftiger, sondern werden auch einweiche. Bei an sich einweiche Nahrungsmitteln wie Kartoffeln und Gemüse kann der fehlende Eiweißgehalt durch Rührbutter ergänzt werden. Mit zehn Gramm pro Person und Tag wird man im allgemeinen die richtige Menge treffen. Rührbutter muß mindestens eine Viertelstunde bei Bereitung der Speisen mitgelöst werden und verschwindet bei der Gese eigentümliche Geruch mit dem Kochen vollständig. Wegen Vorgehung der Lebensmittelkarten, soweit noch nicht abgeholt, für jede Haushaltung ein Kastenchen. Däne Abtrennung von Karten nur gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte werden abgegeben: Süßrahmmarmelade bis zu 2 Pfund zum Preise von 0,90 M. das Pfund. In den städtischen Feighallen werden verteilt: auf Abschnitt 113 E. J. G. K. 8 frühe Feig- und Seefische bis zu 1/2 Pfund. Auf Abschnitt 114 E. Räucherwaren, eingemachte Gurken, Sied 0,15 bis 0,20 M.

Pankow. Preiserhöhung für Kriegsküchenschef. Infolge erheblicher Verteuerung des Wirtschaftsbetriebes stellt sich die Kriegsküchenverwaltung genötigt, vom 1. Oktober ab den Preis für die ganze Portion von bisher 40 auf 50 Pf. und für die halbe von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen. Für die Zellerkochen in der Kriegsküche 5 (zum Hindenburg) wird vom gleichen Zeitpunkt an für die ganze Portion 80 und für die halbe 50 Pf. berechnet.

Die Dienststunden der Bezugskücheneinstelle Mühlenstraße 15 sind zwecks Ersparnis von Licht und Heizung vom 1. Oktober ab von 8-12 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags festgesetzt. Vom selben Zeitpunkt ab wird die Annahmestelle für getragene Kleidung (Mühlenstraße 18) von 2-4 Uhr nachmittags geöffnet sein.

Der Milchverkauf der Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten ist für Pankow ab dem 1. Oktober ab eingestellt. Dafür hat die Gesellschaft in der Volantstr. 128 einen Verkaufsladen eröffnet, wo an den Wochentagen von 7 Uhr ab mit einer Unterbrechung von 1-3 Uhr bis 7 Uhr abends und Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr der Verkauf stattfindet. Bis zu anderweiter Regelung müssen Verbraucher, welche in die Kundenliste der Gesellschaft eingetragen sind, ihre Milch dort weiterbezahlen.

Lebensmittel. Auf Bezug- und Nutztungabschnitt 83 der neuen Lebensmittelkarte gelangt am Dienstag, den 2. Oktober, in den hiesigen Fleischereigeschäften ohne Anrechnung auf die für die laufende Woche zustehende Fleischmenge a 8 gelassener Tala zum Verkauf. Soweit der Vorrat reicht, können je 50 Gramm entnommen werden. Der Preis beträgt für 100 Gramm 78 Pf., für 50 Gramm 39 Pf. Die Abgabe erfolgt durch Nummernaufruf auf Grund der neuen Kundenliste bei demjenigen Fleischer, zu dessen Kundenkreis der Käufer gehört.

Riederhöfenhausen. Lebensmittel. Auf Abschnitt 14 der Lebensmittelkarte werden 125 Gramm Feigwaren verabfolgt. Wasserware kostet pro Pfund 51 Pf., Auszugware 72 Pf. Auf Abschnitt 16 der Lebensmittelkarte werden 5 Pfund Kartoffeln, auf Kartoffelkarte 2 Pfund abgegeben. Außerdem können für die Zeit vom 8. bis 21. Oktober pro Woche 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Abschnitt 12 der Lebensmittelkarte ist auch für die Zeit bis einschließlich 7. Oktober zur Entnahme von 7 Pfund Kartoffeln weiter gültig. Butter gibt es 50 Gramm, Margarine 30 Gramm. Handelsware I der Butter kostet 30 Pf., II 29 Pf., Margarine 12 Pf. Da sich bei der Einbindung der Saatkartoffeln in diesem Jahre verschiedene Mängel gezeigt haben, werden Bestellungen für solche in der Zeit bis zum 8. Oktober entgegengenommen. Wer es verläßt, seine Bestellung jetzt aufzugeben, kann später nicht auf Lieferung Anspruch erheben.

Feig, Lebensmittel. Diejenigen Personen, die in der Woche vom 24. bis 30. September d. J. Fleisch nicht erhalten konnten, sind berechtigt, auf Grund der Fleischkarten Feig bezug. Holerfloren zu empfangen. Anweisungen werden Zimmer 29 ausgef. In der laufenden Woche werden auf Kartoffelkarten 10 Pfund Kartoffeln verabfolgt. Von Donnerstag ab können in den bezüglichen Geschäften auf Abschnitt 61 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Feigwaren (16 Pf.) und 100 Gramm Honig (12 Pf.) entnommen werden. In der Gemeinde-Verkaufsstelle werden Feigkonzerden verkauft.

Die Geschäftstunde der Kleiderannahmestelle sowie der Bezugskücheneinstelle wird auf die Zeit von 0-1 Uhr festgesetzt.

Feig, Lebensmittel. Diejenigen Personen, die in der Woche vom 24. bis 30. September d. J. Fleisch nicht erhalten konnten, sind berechtigt, auf Grund der Fleischkarten Feig bezug. Holerfloren zu empfangen. Anweisungen werden Zimmer 29 ausgef. In der laufenden Woche werden auf Kartoffelkarten 10 Pfund Kartoffeln verabfolgt. Von Donnerstag ab können in den bezüglichen Geschäften auf Abschnitt 61 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Feigwaren (16 Pf.) und 100 Gramm Honig (12 Pf.) entnommen werden. In der Gemeinde-Verkaufsstelle werden Feigkonzerden verkauft.

Die Geschäftstunde der Kleiderannahmestelle sowie der Bezugskücheneinstelle wird auf die Zeit von 0-1 Uhr festgesetzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Die zum Donnerstag, den 4. Oktober, nach den Germania-Prachhallen, Chausseest. 110, einberufene Versammlung wird sich besonders mit der wüsten Agitation allduischer Kreise gegen den Verständigungsfrieden befassen. Wir erwarten daher die regste Propaganda unserer Genossen und Genossinnen.

Eintrittskarten sind noch bei den Vorstandmitgliedern der sozialdemokratischen Vereine und im Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3 (Telephon: Amt Kottbusplatz 364), zu haben.

Der Bezirksvorstand.

Bohnsdorf. Mittwoch, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Grabow, am Bahnh.

Der Brief.

Von Alice Fiegel.

Peter, der Kriegsjunge, kam auf die Welt, als sein Vater drauhen im Felde die schlimmste Zeit durchzumachen hatte. Tag und Nacht dröhnte das Trommelfeuer, und keiner konnte mehr einen klaren Gedanken fassen. Es gab keine Erinnerungen mehr aus der Vergangenheit und keine Träume für die Zukunft. Das Augenblickliche erdrückte alles.

In der ersten ruhigen Stunde nach dem Höllelärm kam der kleine Brief in die Hände des jungen Soldaten, dem die letzten Tage so viel grauenvolles Erleben gebracht hatten. Vor ihm schrie ein junger Muffe in dem Drahtverhau, in dem er blutend und zerseht hängen geblieben war. Keiner hatte ihm helfen können, denn der Feind hörte nicht zu feuern auf, trotzdem er erkennen mußte, daß es seine eigenen Verwundeten waren, die man bergen wollte. So schloß man auf beiden Seiten ununterbrochen weiter, und es hörte alles auf, was Menschen bloß jetzt geglaubt und gewollt hatten.

Die Augen des Soldaten waren weit aufgerissen und starr vom Grauen des Krieges, als er den Brief las. Er enthielt nur wenige Worte, aber zwischen ihnen klangen Feiertagsglocken und jauchzenden fröhlichen Lieder.

„Peter, der Kriegsjunge ist angekommen! Und er sieht ganz aus wie Du!“

So viel zurückgedrängte Sehnsucht — so viel Seligkeit hielt der kleine, helle Brief! Ein leuchtender Traum war auf die Erde niedergeliegen und Fleisch und Blut geworden. Hatte ein blondes Schöpfchen und blaue Kinderaugen und trug im winzigen, roten Kinderhäufchen eine Welt voll Glück.

Aber das Glück ging vorbei an der Seele des Soldaten. In das Jauchzen des kleinen Briefes sprang von der harten Erde, auf der die todmunden Menschen lagen, ein Schrei und erstikte es.

Mechanisch murmelten des Mannes Lippen die Worte, die er las. Aber sie blieben leer für ihn. Ein schwerer, dunkler Vorhang war über die Bilder aus der Heimat gefallen. Des Mannes Hände griffen hilflos und suchend in die lichtlose, kalte Nacht. Er wollte den Vorhang wegziehen, damit er wieder Licht und Freude sah. Er konnte es nicht. Schlaf sanken seine Arme nieder. Wie ein Lebender stand er unter schlafenden Menschen und sah mit brennenden Augen auf den kleinen Brief, der sich wie etwas Lebendiges zärtlich in seine Hände schmiegte. Dann schüttelte er den Kopf und ein irdes, ungläubiges Lächeln suchte um seinen Mund. Jemandwo in der Welt gab es Menschen, die hüteten junges Leben, betteten es in freundliche, blumengeschmückte Räume und hielten bei jedem Atemzuge heilige Wacht.

Der Mann begriff es nicht mehr. Kopf an Kopf waren die Menschen vor ihm niedergestürzt — wie wagemüht. Er sah das Entsetzen in den jungen Augen und hörte den Schrei, der sich gegen grenzenloses Sterben wehren wollte. Des Mannes Hände waren müde von dem blutigen Werk, das sie Tag und Nacht und Nacht und Tag getan hatten. So müde, daß sie den kleinen Brief nun nicht mehr halten konnten. Haltlos flatterte er in die Nacht hinaus.

Schwer neigte der Soldat das Haupt auf die Brust. Unaufhaltsam stürzten die Tränen aus seinen Augen. Er fühlte es nicht — hob auch keine Hand, den dabonfliegenden Brief zu fassen oder über sein tränennahes Antlitz zu streichen. Als seien Leib und Seele in einem Krampf erstarrt — zusammengepreßt von dem eisernen Ring, den der Krieg geschmiedet hat.

Im leichten Raum schaukelte eine junge Mutter zu der gleichen Stunde ihres Kindes weiße Wiege. Unermüdet dienten ihre Hände der weichen, zärtlichen Bewegung. Mit halbgeöffneten Lippen summete sie ein leises, feines Lied. Dann beugte sie sich nieder, lächelte ein blondes Schöpfchen und zwei blaue Augen, die denen des Vaters so ähnlich waren.

Der Weizenkönig.

Von Otto Rung.

(Schluß.)

„Sie können bezahlen, was Sie wollen,“ erwiderte der andere, „wenn die Dextion zu Ende ist. Es wäre unbillig, Sie früher bezahlen zu lassen. Wir schwanken nun an jenem schmalen Seitenweg scharf ab. Es wird Sie vielleicht wundern, daß ich von der Haupttroute ablenke, aber Sie werden sich erinnern, vor einem Monat den Weizenmarkt auf einen ähnlichen Seitenweg geführt zu haben. Sie verstehen mich wohl, wenn ich Ihnen nun sage, daß dieser Dohlnweg eine Sackgasse ist, die bloß zum Arbeitstransport zu und von einem Steinbruch dient. Der Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, endet stumpf an einer lotrechten Feldwand, einem cul de sac ohne irgendwelchen Ausgang. Es ist eine Ede, wenn Sie so wollen, ein Corner, in den wir uns mit unermüdetester Fahrtgeschwindigkeit tiefer und tiefer einklinken. Vielleicht verstehen Sie, welches Ihrer Manöver ich Ihnen hiermit handgreiflich demonstrieren will!“

„So haben Sie uns in einen Winkel gedrängt, uns zwischen die Mauern Ihrer zermalmenden Kurse geklemmt und gequetscht. Sie haben das Brot aller Welt, die Ernte des Jahres in einen Saß gestopft, wie dieser es ist, und ihn zugebunden, die freistehenden Werte, den Strom der Ernährung in einen Winkel gestaut und alle Schleusen gesperrt. Sie haben Hunger und Not, Verbrechen und Wahnsinn als Helfer herbeigerufen. Sie haben all den Kaufstüßigen, all den Hungernden die Daumschrauben Ihrer Preise angelegt und so lange zugepreßt, bis sie Ihnen Ihren Gewinn bezahlten. Sehen Sie, genau so, wie ich Sie jetzt, zwischen unerbittliche Felswände gezwängt, einem Ziel zutreibe, das selbst eine Mauer ist, einer Lösung, die Vernichtung, Stillstand, Tod bedeutet!“

Hottins sah den Chauffeur sich erheben und durch die geschlossenen Gläser vorwärts starren, die Hände um das Rad geklammert, grau von Staub, unbeweglich wie ein bronzenener Dämon.

Er sah den Weg sich verengern. Und auf dem geschlossenen Hintergrunde erhob sich lotrecht und turmhoch der Felsen, die fürchterliche gelbfahle Sandsteinwand, die gleichsam den Rücken krümmte, um den Stoß zu empfangen. Er fühlte unter seinen Händen und Armen, die auf dem Wagenboden lagen, den Grund weichen. Ein heftiges Zucken durchfuhr seine Brust, ließ seine Nerven stocken, und alles verfinsterte sich in Bewußtlosigkeit.

„Peter!“ dachte sie glücklich, „nun hat er wohl schon den kleinen Brief und weiß, daß du da bist! Wie wird er sich freuen —“

Und die sehnsüchtigen Gedanken der Frau tasteten aus dem hellen, warmen Raum hinaus in den Krieg, den sie doch nie erfassen können...

Aus Tolstois Tagebüchern.

Soeben ist das erste der Tagebücher Leo Tolstois, die Ludwig Bernkl aus dem russischen Manuskript überseht hat, bei Georg Müller (München) erschienen. Die Aufzeichnungen, die eine bis in die Jünglingsjahre zurückreichende, fortlaufende Chronik aller inneren und äußeren Erlebnisse Tolstois darstellen, bilden in ihrem Zusammenhang eine großangelegte Selbstbiographie von unschätzbarem Wert. Hat doch hier Tolstoi das Intimste seines Geisteslebens zusammengesetzt. Der vorliegende Band umfaßt die Aufzeichnungen der Jahre 1895-99 und enthält eine Fülle von Gedanken, die auch dort unter tiefster Interesse erregen, wo die Dinge unter dem einseitigen Winkel einer Weltbetrachtung gesehen werden, die alles verwirrt, was sich nicht in den streng begrenzten Kreis der Tolstoischen Anschauungen einfügen läßt. Das führt besonders in der die Kunst verwerfenden Kunstbetrachtung Tolstois zu Absonderlichkeiten, die sich hier und da geradezu bis zu der Idee verdrängen, daß alle Kunst, die nicht vom Volke kommt, schlecht und abzulehnen sei.

Am schroffsten stellt Tolstoi sich gegen den Autoritätsglauben, der ihm die Duelle aller Lelbel scheint. So verzeichnet der Tagebuchschreiber an einer Stelle seines Tagebuchs: „Nichts trägt mehr zur Verwirrung aller Begriffe bei, als der Glaube an die Autorität, das heißt eine auf unfehlbare Wahrheit und eine untadelige Schönheit von Menschen, Vätern, Kunstwerken. Das größte Beispiel einer solchen Verwirrung und ihrer schrecklichen Folgen, durch die auf Jahrhunderte hinaus die Entwicklung der christlichen Menschheit aufgehalten wurde, ist die Autorität der Heiligen Schrift und des Evangeliums. Statt daß man sagt: das und das ist dumm, und man hat es schließlich Kofes, Jelas, Christus zugesprochen und falsch wiedergegeben, haben die absurden Erwägungen und Erklärungen an, auf die man nie gekommen wäre, wenn jene heiligen Bücher nicht als heilig und daher als verbindlich gegolten hätten. Dasselbe gilt von den griechischen Tragikern, von Virgil, Shakespeare, Goethe, Bach, Beethoven, Raffael und neueren Autoritäten.“

Shakespeare ist Tolstoi besonders das Schulbeispiel einer überhöhten Autorität, die man, wie er sagt, „erst zu schätzen begann, als man das moralische Kriterium verloren hatte“. Zur Erklärung und gleichsam als Mißbrauch für die auf einen Selbstbetrug hinauslaufende Ueberschätzung der sog. Kunstgötzen schreibt er: „Die Leute glauben von Shakespeare, Beethoven entzückt zu sein, sind aber nur von ihren Trübsamerien entzückt, die Shakespeare, Beethoven in ihnen wachgerufen haben, wie die Verliebten nicht den Gegenstand ihrer Liebe, sondern die Gefühle lieben, die er in ihnen erweckt. Ein solches Entzücken hat keinen wirklichen Grund, keine Realität in der Kunst; dafür ist es aber vollkommen grenzenlos.“

Das Alibiemittel zur Kunstgebundung von der Verwirrung, in die sie und der Autoritätsglaube geführt hat, sieht Tolstoi allein in der Abkehr zur Volkskunst. „Die Volkspoesie“, schreibt er, „die Kunst, die Kunst überhaupt ist verfiel, weil man alle Begabteren durch Besetzung verleitete hat, Hanswürste der Reichen und Vornehmen zu werden. Die Volkspoesie hat immer die großen Volksbewegungen, Streuzüge, Reformationen im Liede wiederholt und nicht bloß wiederholt, sondern vorausgesehen und vorbereitet. Das könnte die Poesie unserer parasitären Gesellschaft wohl voraussagen, vorbereiten? Liebe, Sittenlosigkeit, und nochmals Sittenlosigkeit, Liebe. Die Kunst ist Nahrung, oder noch besser ist es, zu sagen, sie ist Schlaf, der zur Erhaltung des geistigen Lebens nötig ist. Der Schlaf ist nützlich, notwendig nach getaner Arbeit; der künstliche Schlaf aber ist schädlich, erschlacht nicht, kräftigt nicht, sondern schwächt.“

Das Pilzpulver.

Da über den Nährwert der Pilze, besonders über die bestmögliche Ausnutzung der Stoffsubstanz unserer heimischen Pilzarten bisher noch immer nicht genügende Klarheit herrscht, verdienen gerade in heutiger Zeit die von den Forschern R. Schmitt, R. Klossmann und A. Scholta im Hygienischen Institut der Universität Halle unternommenen Nahrungsversuche in weitestem

Freien Beachtung. Die Versuche, für die Scholta sich selbst zur Verfügung stellte, wurden auf 5-7 Tage ausgedehnt. Besonders beachtenswert war es, daß zwei getrennte Versuche vorgenommen wurden, nämlich der eine mit Nahrungsmengen, die ungefähr den Ernährungsverhältnissen der Gegenwart entsprechen, der andere mit Friedensmengen.

Es wurde festgestellt, daß die Pilze nicht nur vorzügliche Eiweißspender sind, sondern daß sie auch hinsichtlich der Kohlenhydrate eine größere Beachtung verdienen, als dies bisher der Fall war. Gerade jetzt sind die Pilze daher als ein Nahrungsmittel ersten Ranges zu bezeichnen. Wenn man die in unseren deutschen Wäldern, so heißt es in der Schlussfolgerung, massenhaft wachsenden, weniger geschätzten, aber ungenügenden Pilze mit beachtet, so kann man wohl sagen, daß in dem Pilze unserer Wälder eine nicht hoch genug einzuschätzende Eiweißquelle vorhanden ist, die zur menschlichen Ernährung, vielleicht auch der tierischen, als hochwertiges Nahrungsmittel herangezogen werden sollte. Um dieser Forderung auf großzügige Weise zu entsprechen, sollte das ganze heimische Pilzgebiet zoologisch genau durchforscht werden, damit endlich einmal die Bistigkeit oder Ungiftigkeit der einzelnen Arten festgestellt wird. Auf diese Weise würde man eine außerordentlich reichhaltige Stoffquelle der Gesamtheit des Volkes zugänglich machen können. Daher sollten staatliche und städtische Körperschaften Pilzberatungsstellen einrichten und das Einlamellen und Trocknen der Pilze regelrecht organisieren. Das Endergebnis der tagelangen, in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ wiedergegebenen Versuche gipfelt aber in der Erklärung, daß der Nährwert der Pilze am besten ausgenutzt wird, wenn man sie in Pulverform genießt. Die Versuchsnahrung bestand daher auch aus Keks, die zu einem großen Teil aus einem Pulver feingemahlener Pilze hergestellt waren. Die bisher übliche Zubereitung der Pilze, nach welcher sie am liebsten wie Fleisch in Fett gekocht werden, ist für die Ausnützung unzureichend. Das Pilzpulver allein läßt den höchsten Grad der Ausnutzung erreichen. Man kann daraus Suppen machen, man kann es zu allen Gemüsen und Saucen zusetzen und überhaupt mit bestem Erfolg die Rolle des Fleischersatzes übernehmen lassen.

Notizen.

— Soldatengrab, das im „Sonntag“ abgedruckte Gedicht Oskar Philipp, ist aus seinen „Liedern vom Wege“, die im Augen-graber-Verlag (Wien und Leipzig) erschienen.

— Das Metropoltheater kommt uns mit seiner neuen Aufstufungsoperette „Die Rose von Stambul“ diesmal türkisch. Die Einleitung gibt Gelegenheit zu allerlei lässigen Bildern aus dem Orient. Die Musik Leo Fall's ist die altbekannte im guten und schlechten Sinne geblieben. Treffliche Klänge zu hören, die zum Schluß im regelrechten Operettenslager endigen, gute Arbeit in der Instrumentierung, aber die Hauptrolle bleiben die Länze. Die Liebesgeschichte, die natürlich allerlei Einblicke ins Haremleben eröffnet, legt sehr nett ein. Die junge Türkin geht in der Hochzeitsnacht ihrem ihr aufgedrängten Gatten durch, weil sie einen Mann eigener Wahl, einen Dichter, liebt. Worte und Dichter sind aber... dieselbe Person, nur hätten die Textverfasser es besser verstehen sollen, die Spannung rege zu erhalten und statt des verbrauchten „Hotels zu den drei Hüttenwänden“, wo schließlich sich alles einfindet und harmonisch vereinigt, etwas Neues zu erfinden.

Ueber all diese Einwände fährt die Darstellung siegreich hinweg. Fripi Passary entfallt so viel Temperament, weih ihre hochgeduldet Stimme so gut auszukommen und ist im Spiel und Tanz so anziehend, daß sie ihr Publikum immer wieder entzückt. Ihr zur Seite steht als Dichter-Gatte Albert Ruyner, ausgezeichnet in Spiel und Gesang. Für komische Wirkungen sorgt Eugen Rez. Die Ausstattung war wie immer — blendend. Im Metropol herrscht noch kein Surrogat!

— Die gefährliche Theosophin. Die vielgenannte englische Romanautorin Annie Besant, die seit längerer Zeit in Indien weilt, ist dort in Haft gelegt worden. Nicht wegen ihrer theosophischen Ideen — auf ideologischen Gebieten ist England immer tolerant, d. h. gleichgültig gewesen — sondern weil sie für indische Selbstverwaltung eingetreten ist. Der indischen Bewegung scheint dieser Gewaltstreich nur Reizen zu bringen.

Als aber der Motor wenige Meter von dem Felsen entfernt war, bremste der Chauffeur, die Maschine erhob sich in jähen Bäumen, zischend und geisend, auf den Hinterrädern, fiel dann vornüber und taumelte seitwärts; aber die Räder gruben sich ein und mit einem Ruck stand sie.

Erst ein wenig später kam Hottins soweit zu sich, daß er sich aus dem Wagen wälzen konnte. Er schielte nach der mächtigen Sandsteinwand, die keinen Meter entfernt von dem Sten des Wagens sonnenbeschienen quer über den Weg stand. Noch schien die Fahrbahn unter seinen Füßen dahinzusinken, aber sein Gehirn gewann bald seine Klarheit zurück. Er fühlte sich ein wenig ermüdet, aber sonst ungemein behaglich zumute. Am Ausstieg zu einem kleinen Pfad, der sich rechts vom Dohlnweg den Felsen hinanschlingelte, stand der Chauffeur. Er hatte Maske und Kappe abgenommen, und Hottins sah ein starkgebautes bärtiges Gesicht, das die dunklen Augen auf ihn richtete.

Augenblicklich erhob er seine Pistole und zielte. Der Mann bot eine prächtige Scheibe, wie er sich von dem hellbeleuchteten Felsen erhob. Zeugen waren nicht zugegen und das Recht der Notwehr ließ sich anwenden.

„Jetzt schieße ich Sie nieder,“ sagte Hottins, „so wie ich es Ihnen versprochen habe.“

Der Mann lächelte. Sein Blick wurde fern und träumend.

„D nein,“ sagte er, „Sie schießen nicht. Sie schonen mein Leben aus demselben Grunde, aus dem ich vor kurzem das Ihrige schonte, als ein Zucken meines Zeitgestingers über Ihr Dasein gebot.“

„Was sollte mich verhindern?“ fragte Hottins. „Welchen Grund meinen Sie?“

Der andere hielt seine dunklen ersten Augen unverwandt auf ihn gerichtet. „Den Grund, daß Sie jetzt daselbe fühlen, was ich fühlte, als ich Sie nicht tötete, das einzige, was ich Sie auf dem Wege, den ich Sie heute führte, lehren wollte: daß wir Brüder sind!“

Hottins ließ vollständig gelähmt und in sprachloser Verwunderung die Pistole sinken. Er hatte nie in seinem Leben etwas auch nur annähernd Ähnliches gehört. Am allermeisten wunderte es ihn, daß er nicht schloß. Er sah bloß in fortgesetzter Verblüffung den Fremden den schmalen Steig hinansteuern und seinen Blicken für immer entschwinden.

Hottins pflegte dieses Erlebnis später im Börsenklub mit wesentlichen Änderungen zu erzählen. Den Schluß liebte er folgendermaßen zu gestalten:

„Wie Sie sehen, war es lediglich meine in vielerlei Situationen geschulte Ruhe und Kaltblütigkeit, die in

jenen kritischen Augenblicken ihre stille Autorität übte und den verrückten Menschen zur Disziplin zwang. Wer er übrigens war, habe ich nie erfahren, und es kümmert mich auch nicht. Ebensovwenig habe ich die Polizei nach ihm in Bewegung gesetzt. Ich sehe keinen Vorteil in einem Macheatt; ich habe ja bewiesen, daß ich meine eigene Polizei sein kann. Mein Leben ist wichtig genug, um sich selbst in jedweder Situation zu behaupten. Die Geldstrafe von zwanzig Dollars wegen ungesetzlicher Fahrtgeschwindigkeit habe ich ohne Murren hingenommen. Mein Chauffeur Nash und der Portier, der damals meine Absicht verhaspelt hat, wurden natürlich mittels eines nachdrücklichen Zutritts aus dem Hause befördert. — Und meine Spekulation in Weizen? Nun denn! Als ich an jenem Tage mein Automobil allein zurücklenkte, wohl wissend, daß ich meine Kontoren erst lange nach Vorsehen erreichen konnte, schwebte ich bitteren Angstschweiß, denn ich wußte, daß die Börse sich an diesem Tage uneingeschränkt in Wilsons Gewaltshänden befinden würde, und erwartete, von meinen Kontoristen so feierlich empfangen zu werden, wie man einen ruinierten Prinzipal empfängt.“

„Nun hören Sie aber und beachten Sie die wunderbaren Wege der Vorsehung! Mein Ausbleiben von der Börse zu jenem kritischen Zeitpunkt erzeugte eine Panik, wie Chicago und damit die übrige Welt sie selten erlebt hat. Die wildesten Gerüchte von meinem Konkurs, Sturz und Selbstmord waren im Umlauf. Was weiter? Wilson, der mich nicht auf meinem Platze fand, ward von einem unbändigen, wahnsinnigen Uebermut ergriffen. Er betrachtete sich als unumschränkten Tyrannen des Marktes und führte sich in einem Coup, in ganz desperater und lebensgefährlicher Aufkäufe, die seine überanstrengten Kapitalkräfte bei weitem überstiegen. Und als ich folgenden Tags zur grenzenlosen Verärgertigung und Verwirrung der gesamten Börse auf meinem Platze zu finden war — (Sie erinnern sich wohl, meine Herren!) — da stand Wilson da, mit Millionen von Puffeln belastet, die er niemals bezahlen konnte und über deren Preis ich gebot. Ich zerdrückte ihn, wie ich diese Jigarre zwischen zwei Fingern zerdrückte. Von da ab war der Markt mein.“

Und Hottins spaltete sein Judanergesicht in einem lebenswürdigen Lächeln, das die gierigen Hauptaugen entblühte. „Sehen Sie, meine Herren, so wachen die ewigen Mächte über dem heiligen System des Großkapitalismus! Selbst einen verrückten sentimentalischen Phantasten, ein himmelstürmendes umschleiertes Gehirn machen sie zu ihrem willigen Werkzeug. Ja, sogar der Idealismus hat seinen Wert — unter Brüdern!“

Die Bekanntmachung des Oberlandes in den Marken betreffend Beschlagnahme von Kesselflächen und Kesselpfeifen...

Die Bekanntmachung des Oberlandes in den Marken betreffend Höchstpreise für Dampfboiler...

Konfirmanden - Uhren E. Möbis 14 Bouthstr. 14

Lauben-Parzelle mit schöner Laube, mit Küche und Remise...

Verkäufe

Belgarnituren kauft man am allerbesten im vorberühmten Belgarniturhaus...

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenschürzen, Kleider...

60 Herrenzimmer, selten schöne, gediegene Arbeit mit schwerer Schnitzerei...

Leinwand, Standöl, 20, alle Ladae bis 12,50, alle Ladae bis 12,50...

Strahlenbrotts Handels-Mademie, Deutsch, 11, am Spittelmarkt...

Arbeitsmarkt Stellenangebote Pader sofort gesucht, Meldungen zwischen 10-12 Uhr...

Junge Mädchen für leichte Arbeit, Kleiderarbeiten werden verlangt...

Lehrling mit guter Schulbildung, Bildung verlangt, Walther Holzinger...

Tüchtige Polsterer und Dekorateur Wertheim G. m. b. H. Leipzig Str. 13 II.

Tüchtige Spikendreher werden sofort eingestellt. Loeb & Co., G. m. b. H., Automobil- und Flugmotorenfabrik...

Schlosser und Klempner zum sofortigen Antritt. Auergesellschaft Berlin O. 17.

Tüchtiger Sattler wird gesucht. Alex. Herman, Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11.

Arbeitskräfte erhalten Sie am schnellsten durch eine Anzeige im Arbeitsmarkt der Tageszeitung der Arbeiterschaft von Groß-Berlin, dem "Vorwärts"

Die Renten der Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

Reichsbeihilfen zur Ernährung Winderbemittelter.

Die Montagung des Hauptausschusses hatte sich zunächst mit folgendem sozialdemokratischem Antrag zu beschäftigen:

Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.
Abg. Kasse (Soz.) hält es für selbstverständlich, daß die Renten der Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen ungehört erhöht werden. Man kann damit nicht warten, bis der Krieg beendet ist. Als das Mannschaffsverordnungsgesetz erlassen wurde, waren die Kosten der Lebenshaltung ungleich geringer. In den in Frage kommenden Kreisen herrscht teilweise bittere Not. Insbesondere aber ist Bedacht zu nehmen auf die Menge der Leute, deren Nerven durch den Krieg gelitten hat. Die Kosten der Versorgung der Witwen und Waisen muß ausschließlich Sache des Reichs sein, die Gemeinden dürfen damit nicht belastet werden. Bedauerlich ist, daß die Kriegsbeschädigten vielfach nur schwer Arbeit finden können. Sie haben ein Recht darauf, vor Not geschützt zu werden. Dieser Pflicht darf sich das Reich unter keinen Umständen entziehen.

General v. Langemann erklärt, daß die Verwaltung stets bestrebt ist, Härten auszugleichen. Den Leuten, die kein Recht auf Rente haben, wird trotzdem eine Übergangsrente bis zu 100 Proz. bewilligt. Den Ausbau der Fürsorgestellen lasse man sich sorgfältig angelegen sein. Die Verwaltung will auch dafür sorgen, daß die Kriegserwitwen nicht schlechter gestellt werden, als die Kriegserfrauen.

Abg. Prinz Schöndel-Carolath (natl.) erklärt die Vereinstätigkeit, die sich zugunsten der Kriegsbeschädigten entwickelt hat. Diese Tätigkeit möge man beachtlichen, nicht aber erschweren. Der Reichsverband zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten und Veteranen wird in seiner Tätigkeit direkt behindert, ein Verfahren, das nicht gebilligt werden könne. Die Tätigkeit derartiger Organisationen müßte im Gegenteil von den Behörden unterstützt werden.

Ministerialdirektor Gaspard behauptet, daß der freien Liebestätigkeit keine Hindernisse bereitet werden sollen, es muß aber dafür gesorgt werden, daß schwindelhafte Elemente, die für die eigene Tische arbeiten, ausgeschaltet werden. Wenn sich aus der Kuriosität Wünsche ergeben, so dürfe bestimmt auf Abhilfe geachtet werden.

Abg. Dr. Pfleger (Z.) tritt den Wünschen der Korredner bei. Die heute gezahlten Renten sind derart unzureichend, daß Abhilfe sofort geschaffen werden muß.

Abg. Krumme (L.) bezeichnet es als eine Ehrenpflicht, für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene ausreißend zu sorgen. Vielleicht könne man einwirken mit Steuerungsulogen helfen.

Abg. Wurm (U. S.) hebt ebenfalls hervor, daß die Renten derart unzureichend sind, daß Abhilfe sofort nötig ist. Als absolut unzulässig muß es bezeichnet werden, wenn die Renten zur Lebensunterhaltung verwendet werden, wie es auch unzulässig ist, den Witwen die Minderrente für die Zeit abzugeben, während der die Kinder auf dem Lande untergebracht werden. Die freie Liebestätigkeit laufe darauf hinaus, Almosen zu geben, wo rechtliche Ansprüche bestehen. Den Kriegsbeschädigten müsse im Rentenverfahren ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

General v. Langemann: Das Rentenverfahren soll modernisiert werden. Der vom Abg. Wurm erwähnte Fall der Rentenlückung ist nicht zu billigen.

Abg. Felschlag (Sp.) tritt gleichfalls dafür ein, mit der Erhöhung der Renten nicht bis zur Beendigung des Krieges zu warten.

Abg. Taubold (Soz., Vorstandmitglied des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer): Der Fortschritt habe in seiner Sonnabendnummer die Pflicht des Reichs treffend hervorgehoben. Die verheerliche Vetelei hat wieder einen großen Umfang angenommen. Der Kriegsbeschädigte Lehmann hat sich schon wieder zu einer häufigen Erscheinung geworden. Eine im Rheinland aufgenommene Statistik hat ergeben, daß die von der Statistik erfassten Kriegsbeschädigten ein monatliches Durchschnittseinkommen von 67,80 M. hatten. Der Kriegsbeschädigte muß vor Lohndruck geschützt werden. Weit besser als die freie Liebestätigkeit wirkt die freie Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten. Dem Bund der erblindeten Krieger sucht man jede Unterstützung im Interesse seiner Mitglieder unmöglich zu machen. Von offizieller Seite sucht man auch das Entstehen von Organisationen der Kriegsbeschädigten zu diskreditieren. Dem Bund der Kriegsbeschädigten werden alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt, wogegen solche Organisationen für Offiziere die weitgehendste Förderung erfahren. Es muß unbedingt gefordert werden, daß den Organisationsbestrebungen der Kriegsbeschädigten nichts in den Weg gelegt wird. Damit allein kann man dem Treiben spekulativer Unternehmer ein Ende bereiten, die ein Geschäft aus diesen Dingen machen. Daß die Beschädigten beim Rentenbezuge mithelfen können, muß eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Abg. Meyer-Derford begründet folgenden Antrag:
Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Betrag des Reichstags vom 2. Mai 1917, betreffend Erhöhung von Mannschaffs- und Militärhinterbliebenenrenten schleunigst ausgeführt wird.

General Schuch erklärt, daß eine Verzögerung eingetreten sei, monoch Leute, die zu 50 Proz. invalide sind, nicht mehr eingezogen werden dürfen. Daß die Organisationen der Kriegsbeschädigten am liebsten bekämpft würden, sei nicht richtig.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen; ebenso der Antrag Meyer-Derford. Einstimmig angenommen wurde auch der folgende Antrag des Fortschrittlers Felschlag:

Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, den früher angelegten Entwurf einer Abänderung des Mannschaffsverordnungsgesetzes, des Offizierspensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenenrentengesetzes dem Reichstag alsbald, spätestens zu Beginn des Jahres 1918, vorzulegen.

Dagegen wurde mit 10 gegen 11 Stimmen der nachstehende Antrag des Abg. Wurm:

Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Durchführung des Rentenverfahrens für Kriegsbeschädigte Organen der Sozialverwaltung überträgt.

Beihilfe des Reichs zur Sicherung der Ernährung Winderbemittelter.

Dazu liegen folgende sozialdemokratische Anträge vor:
Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Nahrungsmittel und aller Verbrauchsgüter bringt zahllose Familien der minderbemittelten Volksschichten in eine schwere Notlage.

Der Reichstag ersucht deshalb die Verbündeten Regierungen:
1. Alle Aufwendungen, die als besondere Vergütung (Frühjahrspremie, Schnelligkeitsprämie) zu den Grundpreisen für die zeitige Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten gemacht wurden, aus Mitteln des Reichs zu decken.
2. Für die minderbemittelten Volksschichten eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen. Die Brenns, wie weit die Vergünstigung genährt wird, ist unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse und der Zahl der nicht erwerbstätigen Familienangehörigen zu bemessen.

Die Aufwendungen hierfür sind aus Mitteln des Reichs zu bestreiten, sofern nicht durch Preisauflagen der Ab-

rechnungsmittel für die Rechte der Winderbemittelten ein Ausgleich gefunden wird.

Der zweite Teil des Antrags will, daß die Renten aus der Alters- und Invalidenversicherung (also auch Hinterbliebenenrenten) um 50 Proz. erhöht werden; ferner, daß zu den Unfallrenten von 50-75 Proz. einschließlich ein Zuschlag von 20 Proz. und zu den höheren Unfallrenten sowie den Hinterbliebenen- und Invalidenrenten ein Zuschlag von 30% Proz. zu zahlen ist.

Ein Antrag der Konservativen will die Lasten für die Senkung der Lebensmittelpreise den Gemeinden aufbürden.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.) schildert die schwierige Lage, in der sich die Textilarbeiter befinden. Eine Statistik über die Löhne in den verschiedenen Industrien läßt erkennen, daß die Löhne in keinem Verhältnis stehen zu den Preisen der Lebensmittel. Die Massenpeinigung kostete der Stadt Berlin pro Kopf 48 Pf., erhoben wurden nur 40 Pf. Die unerlässliche Steigerung der Lebensmittelpreise hat diese Kosten weiter gesteigert. Diese Lasten können nicht den Gemeinden aufgebürdet werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Subvention, die hier aus Reichsmitteln gefordert wird, kommt schließlich auch den Agrariern zugute. Aber in erster Linie steht für uns das Wohl der arbeitenden Bevölkerung. Sache des Reichs-Schatzamt ist es, durch eine Bindung der Preise die Subvention nicht zu hoch steigen zu lassen. Die Kosten würden sich auf 88 Millionen M. monatlich belaufen. Nicht annehmbar ist der konservative Antrag, der die Lasten den Gemeinden aufbürden will. Redner erörtert dann den Antrag zur Erhöhung der Renten. Man dürfe die Rentner nicht auf den Kriegsmohlfahrtsfonds verweisen, sondern müsse ihnen einen Rechtsanspruch geben. Die Kosten können aus dem Reservefonds bestritten werden.

Abg. Graf Westarp (konf.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag in seinem ersten Teil zu. Zum Teil II bemerkt er, daß er es für bedenklich halte, die Reservefonds anzugreifen.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Waldow:

Die Preise für unsere wichtigsten Lebensmittel beruhen auf der Bundesratsverordnung vom 18. März, welche eine Umstellung der Preisverhältnisse zwischen tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln in dem Sinne bringt, daß die Viehpreise sinken, die Preise für Brotgetreide und Kartoffeln aber erhöht und die Wasser- und Getreidepreise den Brotgetreidepreisen angeglichen wurden. Durch diese Preisumstellung sollten die für die menschliche Ernährung notwendigen Früchte in höherem Maße diesem Zweck gesichert und der Verfütterung an das Vieh entzogen werden. Da nun die Verbrauchswerte an Fleisch gegenüber den Verbrauchswerten an Brotgetreide und Kartoffeln erheblich zurückgehen, so wird die durch die Senkung der Fleischpreise erzielte Ersparsnis durch den notwendigen Aufschlag auf Wehl, Brot und Kartoffeln überwogen.

In Verbindung mit der inzwischen eingetretenen Steigerung der Preise für Milch und Speisefette, für Zucker, Obst und Gemüse bedingte dies allerdings einen nicht unerheblichen Mehr- und Aufschlag für den Unterhalt einer Familie, der je nach Zahl, Alter und Familienstand der Mitglieder mehr oder minder belastend wirkt. Nun haben es die besonderen Verhältnisse, unter denen wir in das neue Wirtschaftsjahr eingetreten sind, notwendig gemacht, die Getreidepreise für Brotgetreide wie für die Getreidekartoffeln noch mit gewissen außerordentlichen Aufschlägen zu belasten.

Bei dem von der Reichsgetreidekasse zu bewirtschaftendem Brotgetreide sind dies die Aufschläge, welche ihr aus der Durchführung der Wirtschaftskarte und des Frühdrucks erwachsen, bei den Kartoffeln sind es die sogenannten Schnelligkeitsprämien, durch welche die rechtzeitige Einbindung des Winterbedarfs für die großen Bedarfsverbände gefördert werden soll. Diese Aufschläge ist die Reichsfinanzverwaltung bereit, auf Reichslofen zu übernehmen. Die Reichsgetreidekasse kommt dadurch in die Lage, die Steigerung des Mehrpreises im neuen Wirtschaftsjahr von 9 M. für den Doppelzentner auf 4,00 M. zu senken und damit den Preis, welchen die von ihr zu beliefernden Kommunalverbände zu zahlen haben, denjenigen Preisen auszugleichen, den die selbstwirtschaftlichen Kommunalverbände nehmen müssen. Auf den Preis würde dies eine Erhöhung von 1% Pf. bis 2 Pf. für ein Pfund ausmachen, soweit nicht durch eine Verminderung der Spannung zwischen Wehl- und Brotpreisen der letztere noch weiter herabgemindert werden kann.

In Ausführung der Resolution des Reichstags vom 12. Mai 1917 ist das Kriegsernährungsamt bereits an die Bundesregierungen mit dem Ersuchen herangetreten, Vorkehrungen zu treffen, daß die Erhöhung der Brotgetreidepreise nicht zu einer ungeduldeten Erhöhung der Brotpreise benutzt wird. In einem weiteren Schreiben habe ich erneut darauf hingewiesen, daß eine etwaige Erhöhung des Wehlpreises sich nur dann auf den frühesten Brotpreis stützen darf, wenn dieser richtig erachtet ist. Bei den Kartoffeln hat die Abgeltung der Schnelligkeitsprämien die Wirkung, daß die Preissteigerung für den Verbraucher dadurch nicht eintritt. Damit dürfte der Nr. 1 des Antrags entsprochen sein.

Der Antrag 2 bezweckt außerdem die Gewährung von Reichsmitteln zu einer Senkung der Preise der wichtigsten Lebensmittel für die minderbemittelten Volksschichten und die Abgrenzung des Preises der Nahrung zu Begünstigten nach bestimmten allgemeinen Normen.

Gegen diesen Weg, eine allzu starke Belastung der minderbemittelten Volksschichten zu verhüten, weichen nach Ansicht der Reichsleitung sowohl grundsätzliche wie praktische Bedenken. Grundsätzlich insofern, als durch eine Senkung der Lebensmittelpreise durch Geldzufüsse in größerem Umfang die Preisbildung innerlich umwahr wird und bei längerer Dauer des Preisstandes ein unhaltbares Mißverhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen entsteht, welche den Übergang zur Friedenswirtschaft erschwert, praktische insofern, als die Gewährung bestimmter Zuschüsse zu einzelnen Lebensmitteln zu den größten Schwierigkeiten führen würde. Die Verbilligung der Reichslofenzulagen hat zum Beispiel teilweise zu Verzögerungen geführt. Auch kann die Abgrenzung des Preises der zu Begünstigten nicht nach allgemeinen Normen, sondern nur sächlich richtiggefunden werden; ohne Individualisierung ist auch auf diesem Gebiete nicht auszukommen. Dies kann nur durch die Gemeinden geschehen, und weist darauf hin, die Lösung der Frage auf dem Wege der Kriegsmohlfahrtspflege zu suchen. Dieser Weg ist von einer Reihe von Gemeinden bereits mit Erfolg beschritten. In der gleichen Richtung bewegt sich der Antrag Westarp. In welchem Umfang für diese Aufschläge der Kriegsmohlfahrtsfonds des Reichs zu verfahren sein wird, unterliegt zurzeit der Prüfung seitens der zuständigen Reichsämter, des Reichsamt des Innern und des Reichschatzamt.

Abg. Graf (Soz.) trat den Ausführungen des Präsidenten v. Waldow entgegen. In einigen Gegenden Deutschlands machen die Kilometergelder für Kartoffeln 50 Pf. für den Zentner aus. Deshalb muß diese Ausgabe auf das Reich übernommen werden, um ausgleichend wirken zu können. Die Verweisung auf den Kriegsmohlfahrtsfonds ist nur eine andere Art der Verweisung. Das Brot wird häufig durch den Kartoffelzuschlag, der ab 1. November vorgeschrieben wird, nicht nur schlechter, sondern auch teurer. Es geht das Gerücht, daß am Rhein sehr viel Obst ausgeführt wurde und dort verfault. Wie verfaulen, ist den Landräten eine Anweisung nicht gegeben worden, solche Mengen Obst auszuführen. Sie haben es aber getan, weil sie für jeden Zentner eine besondere Entschädigung von 4 M. für den Preis erhalten.
Abg. Westarp (Soz.): Die Parteiführer stimmen der Fiffer 1 des sozialdemokratischen Antrags zu, wenn auch die Gefahr besteht, daß damit die Ansprüche der Produzenten noch mehr steigen. Die Speise bei der Massenpeinigung sind derart hoch, daß sie nicht den Gemeinden aufgebürdet werden können.

Abg. Wurm (U. S.) stellt folgenden Abänderungsantrag:
Statt Fiffer 2 im sozialdemokratischen Antrag zu sagen:
Eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel durch Zuschüsse aus Mitteln des Reichs herbeizuführen.

Abg. Groß (Z.) tritt dafür ein, daß auch die Gemeinden an der Abbringung der Kosten beteiligt werden müssen.

Staatssekretär Graf Westarp hält es für richtig, bei allen Unterstützungsaktionen andere Organisationen als das Reich mitzubeteiligen, schon weil sonst nicht wirtschaftlich verfahren wird. Das Ziel des konservativen Antrags läßt sich durch Erhöhung des Wohlfahrtsfonds erreichen. Da letzterer nicht immer genügt hat, so ist vorgezogen, keine Erhöhung beim Bundesrat zu beantragen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Gegen den Antrag Wurm ist nichts einzuwenden. Leider kommen dabei aber auch die Besitzenden in den Genuß der Wohltaten, die nur der ärmeren Bevölkerung zugehört waren.

Abg. Westarp (Z.) weist auf die Schwierigkeiten hin, wenn man einen Unterschied machen will, wer die Vergünstigung haben soll und wer nicht.

Staatssekretär v. Waldow verteidigt die Maßnahmen der Obstkartoffelverarbeitung. Es sei bisher erreicht worden, daß die Kartoffelverarbeitung zum guten Teil bereits eingeleitet und daß auch die Beschaffung des Frischmarktes eine bessere geworden sei. Die Kartoffelverarbeitung sei gegenüber dem Frieden dadurch sehr erschwert, daß jetzt große Transporte vom Osten nach dem Westen erfolgen müssen. Die größten hohen Kartoffelpreise in Pommern und Brandenburg seien vom 1. Oktober ab auf 5,50 M. pro Zentner gesunken worden. Eine Preisstreckung mit Trockenkartoffeln könne erst am 1. Februar erfolgen, da vorher nicht genügend Vorräte an Trockenkartoffeln da seien. Wo sich eine Streckung mit frischen Kartoffeln nicht durchführen lasse, solle die Kartoffelration erhöht werden.

Abg. Graf (Soz.) stellt fest, daß er nicht das jebige Verfahren mit der Obstverarbeitung bekämpft habe. Auf alle Fälle stehe aber fest, daß die Preise 2 M. glatt einfallen.

Abg. Westarp (Soz.): Die Kartoffelverarbeitung für den Winter scheint nicht genügend gesichert zu sein. Im November steht die Fleischration in Frage, das Brot wird verschlechtert. Gemüse wird nicht mehr vorhanden sein, und dazu unter Umständen die Gefahr eines Kartoffelmangels!

Präsident v. Waldow versichert, daß der Versand von Kartoffeln bereits geregelt sei.

Bei der Abstimmung wird dem sozialdemokratischen Antrag 1 die Fiffer 1 angenommen, Fiffer 2 abgelehnt; der Antrag Wurm ebenfalls abgelehnt und dafür der konservative Antrag angenommen.

Die Rentenfrage.

Unterstaatssekretär Schwaner teilt mit, daß die Erhöhung der Renten für das Reich eine Mehrausgabe von 45 Millionen bedeuten würde. Die Beiträge müßten um die Hälfte erhöht werden. Die Finanzwirtschaft der Versicherungsträger läme ins Bankrott. Die Regierung habe noch keine Stellung zu dem Antrag nehmen können. Die beantragte Erhöhung der Unfallrenten sei allerdings nicht so schwierig. Am besten sei es, den Kriegsmohlfahrtsfonds zu vergrößern und daraus Zuschüsse zu geben.

Abg. Westarp (Z.) schlägt vor, aus Kriegsmohlfahrtsmitteln einen Zuschlag von 50 Proz. zu den Renten zu geben, denn die Beiträge könne man jetzt unmöglich erhöhen.

Abg. Westarp (Soz.): Der Weg, den Unterstaatssekretär Schwaner vorschlägt, führt zu nichts. Ein solches Versprechen sei schon gegeben worden, als er im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht habe. Trotzdem wurden den Gemeinden keine Anweisungen erteilt. Was habe man bisher getan, um im Sinne des Antrages zu handeln? Da gewisse Versicherungstechnische Schwierigkeiten bestehen, schließen wir uns dem Antrag Westarps an.

Abg. Westarp regt an, auch die Knappschaftsrenten zu erhöhen.

Unterstaatssekretär Schwaner erwidert dagegen ganz entschieden Einspruch mit dem Hinweis darauf, daß sehr große Mittel notwendig wären.

Abg. Westarp (Z.) hält es für selbstverständlich, daß auch diese Renten erhöht werden. — Die Anträge wurden schließlich mit geringen Abänderungen und mit dem Antrag Westarps, die Zuschüsse aus dem Kriegsmohlfahrtsfonds zu leisten, einstimmig angenommen. — Daraus wurde die Beratung auf Dienstag vertagt.

Eine Massendemonstration für den Verständigungsfrieden.

Auf dem städtischen Dsjpark zu Frankfurt a. M. fand am vergangenen Sonntag zum zweiten Mal während des Krieges eine große Kundgebung für den Verständigungsfrieden statt. Die erste Versammlung war etwa vor einem Jahre allein von der sozialdemokratischen Partei einberufen worden. Diesmal hatten sich gemeinschaftlich die hinter der Friedensresolution des Reichstags stehenden Mehrheitsparteien zusammengesetzt, um zu zeigen, daß hinter der Mehrheit des Reichstags auch die Mehrheit des deutschen Volkes steht. Die Probe ist geglückt. Denn wenn die Aldeutschen vor einiger Zeit schon als großen Erfolg ausposaunten, daß es ihnen gelungen war, für die Gründung der Vaterlandspartei in Berlin etwa 2000 Menschen auf die Beine zu bringen, welchen ganz andern Erfolg stellt es dann dar, wenn in dem zehnmal kleineren Frankfurter Dsjpark eine zehnmal größere Menschenzahl für den Verständigungsfrieden demonstrierte. Auf den weiten Flächen des Dsjparks waren ungefähr 20000 Menschen versammelt. Von sechs Tribünen wurden Reden gehalten. Von der sozialdemokratischen Partei redeten Reichstagsabgeordneter Dr. Quard, Stadtverordneter Graf und Redakteur Wittlich. Von den Fortschrittler Reichstagsabgeordneter R. Gaußmann und Landtagsabgeordneter Defer, und für das Zentrum Reichstagsabgeordneter Westarps.

Die Redner traten unter wiederholten Zustimmungskundgebungen der Zuhörer für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsresolution vom 19. Juli und für die Durchführung politischer Erneuerung Deutschlands ein, die eine Notwendigkeit für den Krieg und den Frieden sei. Sie wandten sich besonders gegen die kriegsverlängernde aldeutsche Hege und wiesen die Angriffe der annexionsföhrlichen Kreise gegen die Reichstagsmehrheit zurück.

Die Versammelten nahmen einstimmig eine Entschließung im Sinne der Redner an. Im ersten Teil dieser Entschließung werden die Reichstagsmehrheit und die Regierung aufgefordert, alles zu tun, um einen baldmöglichen Frieden im Sinne der Reichstagsentschließung herbeizuführen, im zweiten Teil wird die politische Erneuerung Deutschlands durch Reformen gefordert, die das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht in sämtlichen Bundesstaaten und die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems sicherstellen.

Letzte Nachrichten.

Der Luftangriff auf England.

London, 1. Oktober. Offiziell wird gemeldet, daß bei dem Luftangriff am Sonnabend 11 Personen getötet und 23 verwundet worden sind. Der angerichtete Materialschaden sei nicht groß.

Die chinesische Regierung gegen Sunhaifen.

Peking, 1. Oktober (Mentel). Die Regierung hat die Verhaftung Sunhaifens und seiner Gefährten befohlen, die vor kurzem in Nanoo eine sogenannte Militärregierung errichtet haben.

